

**CSILLA MACHOS**

**ORGANISATIONSSTRUKTUREN DER  
PARLAMENTSPARTEIEN IN  
OSTMITTELEUROPA**

Digitale Osteuropa-Bibliothek: Geschichte 6

ISSN 1613 1061

Erstellt am: 30.9.2002

Letzte Änderung: 19.2.2004

# INHALT

<b>1. Einleitung</b>	<b>2</b>
Tabelle 1: Die zu untersuchenden Parteien	4
Partei	4
Land	4
Grün-dungsjahr	4
<b>2. Polyarchische und oligarchische Organisationsmerkmale – eine quantitative Operationalisierung</b>	<b>6</b>
Tabelle 2: Polyarchische und oligarchische Organisationsmerkmale – eine quantitative Operationalisierung	9
Tabelle 3: Polyarchische und oligarchische Organisationsmerkmale – eine quantitative Operationalisierung (Fortsetzung)	13
<b>3. Organisationsstrukturen der Parteien</b>	<b>20</b>
Tabelle 3: Polyarchie-Werte nach Parteitypen	29
<b>4. Literatur</b>	<b>31</b>
<b>5. Anhang</b>	<b>38</b>
5.1. Verzeichnis der Parteien/Vereinigungen	38
5.2. Tabellen	40
Tabelle 4: Zahl der Mitglieder und der Grundorganisationen ostmitteleuropäischer Parlamentsparteien (1990-2001)	40
Tabelle 5: Organisationseinheiten auf der örtlichen Ebene der Parteistruktur	43
Tabelle 6: Organisationseinheiten auf der territorialen Ebene der Parteistruktur	44
Tabelle 7: Führungsgremien auf der territorialen Ebene der Parteistruktur	45
Tabelle 8: Landesweite Führungsgremien	46
Tabelle 9: Größe und Zusammensetzung einiger landesweiter Führungsgremien	48
Tabelle 10: Zusammensetzung des Exekutivorgans 1	56
Tabelle 11: Organisationseinheiten der horizontalen Parteistruktur und deren Vertretung in den landesweiten Führungsgremien	57

## 1. Einleitung

In der folgenden Studie werden die Organisationsstrukturen der relevanten Parlamentsparteien Ostmitteleuropas vergleichend analysiert. Die Hauptquelle der Untersuchung stellen die Statuten der Parteien dar.<sup>1</sup> Einige Angaben über die Organisationsmerkmale der untersuchten Parteien entstammen Interviews, die die Autorin im Frühjahr 2001 und 2002 mit jeweils einem für Organisationsfragen zuständigen Mitarbeiter dieser Parteien in diesen Ländern geführt hat.<sup>2</sup>

Für die Analyse wurden die Parteien ausgewählt, die in Tschechien, Ungarn und der Slowakei bei den Parlamentswahlen 1998 bzw. in Polen im Jahre 2001 mehr als 9% der Sitze im Parlament des gegebenen Landes errungen hatten.

Die Zahl der zu untersuchenden Parteien wurde – aus unterschiedlichen Gründen – auch weiter reduziert. So wurden in die Untersuchung die slowakische Demokratische Partei (DS), die Sozialdemokratische Partei der Slowakei (SDSS) und die Grüne Partei in der Slowakei (SZS) nicht aufgenommen. Sie gehörten zwar – als Mitgliedsparteien der Wahlpartei „Slowakischen Demokratischen Koalition“ (SDK), die in der Slowakei bei den 1998er Parlamentswahlen 28% der Mandate errungen hatte – im Untersuchungszeitraum zu den Regierungsparteien, verfügten aber allein genommen über eine sehr schwache gesellschaftliche Unterstützung. (Ihre Umfragewerte lagen im gesamten Untersuchungszeitraum um 1%.) Hingegen wurde die Slowakische Demokratische und Christliche Union (SDKÚ), die im Februar 2000 durch den Ministerpräsidenten Mikuláš Dzurinda (bei den 1998er Wahlen Politiker der Christlich-Demokratische Bewegung /KDH/) gegründet worden war, als seitdem stärkste Partei der SDK-Parlamentsfraktion in die Untersuchung aufgenommen. (Die SDKÚ fusionierte im Juli 2000 mit der Demokratischen Union /DÚ/, die 1998 auch zu den Gründungsparteien der SDK gehörte.) Außerdem wurde in die Untersuchung die Partei „Smer“ aufgenommen. Sie wurde durch den populären stellvertretenden Vorsitzenden der Partei der Demokratischen Linken (SDL<sup>3</sup>), Robert Fico, im Dezember 1999 gegründet. Die „Smer“ war im Untersuchungszeitraum im Nationalrat der Slowakischen Republik nur durch ihren Vorsitzenden Fico vertreten, gewann aber sehr schnell nach ihrer Gründung eine beachtliche gesellschaftliche Unterstützung, und stand in den Umfragen über die Parteipräferenzen der Bevölkerung meistens an der zweiten Stelle.

Aus der Untersuchung wurden hingegen die ungarische Unabhängige Partei der Kleinlandwirte, der Landarbeiter und des Bürgertums (FKGP) und die Slowakische Nationalpartei (SNS) weggelassen. Sie hatten zwar bei den 1998er Wahlen in den Parlamenten ihrer Länder einen Mandatsanteil über 9% (12,4% bzw. 9,3%) errungen,

---

<sup>1</sup> Die polnischen, slowakischen und tschechischen Statuten wurden im Rahmen eines durch die DFG geförderten Forschungsprojektes zum Thema „Organisationsstrukturen ostmitteleuropäischer Parteien im Transformationsprozess“ ins Deutsche übersetzt. Sie werden im Anhang dieser Studie veröffentlicht.

<sup>2</sup> An dieser Stelle soll die bei diesen Interviews geleistete vielseitige Unterstützung der Studenten Jan Labun und Bartek Kosicki dankbar vermerkt werden.

waren aber in dem Untersuchungszeitraum durch starke Zersplitterungstendenzen gekennzeichnet. So spaltete sich im Oktober 2001 eine Gruppe von der SNS infolge von internen Elitenanimositäten ab und gründete die Reale Slowakische Nationalpartei (PSNS) (Slovakia's Slota...2001), und die FKGP zerfiel ab Ende 2000 sogar in mehrere Parteien. (Machos 2001: 414) Diese Prozesse hatten innerhalb der „Mutterparteien“ bedeutende organisatorische Veränderungen zur Folge, die im Rahmen dieses Projektes nicht verfolgt werden konnten. In die vorliegende Studie wurden auch die slowakische KDH und die tschechische Freiheitsunion (US) nicht aufgenommen. Dies hängt damit zusammen, dass beide Parteien im Untersuchungszeitraum große organisatorische Veränderungen durchmachten, die im Rahmen dieser Analyse schon nicht mehr berücksichtigt werden konnten. (Die KDH, die – trotz ihrer organisatorischen Schwächung nach der Gründung der SDKÚ – nach wie vor zu den bedeutenderen Parteien der Slowakei gehört, änderte ihre Organisationsstrukturen bei der Verabschiedung eines neuen Statuts am 20. Oktober 2001 bedeutend. Die Satzung der US wurde bei der Fusion der Partei mit der Demokratische Union /DEU/ am 15. Dezember des gleiches Jahres dementsprechend geändert.) Schließlich konnte die polnische Bauernbewegung Samoobrona, die bei den Sejmwahlen 2001 11,5% der Sitze errungen hatte, – angesichts ihrer kaum gefestigten und formalisierten Organisationsstrukturen – nicht in die Untersuchung aufgenommen werden.

Demzufolge werden in der folgenden Studie die Organisationsstrukturen von 15 (2 ungarischen, 4-4 polnischen und tschechischen bzw. 5 slowakischen) Parteien analysiert. Sie repräsentieren - wie in der Tabelle 1 zu sehen ist- die wichtigsten Parteytypen nach den Kriterien „historischer Ursprung“ und „ideologische Parteienfamilie“. Entsprechend dem ersten Kriterium finden wir unter den Untersuchungsparteien

a) eine sog. „historische“ Partei (eine Partei, die auch schon vor der Zeit des Staatssozialismus / vor dem Zweiten Weltkrieg bzw. vor der kommunistischen Gleichschaltung des gegebenen Landes 1945-1948 / existiert hatte und während des politischen Transitionsprozesses vorwiegend durch damalige Politiker der Partei wiedergegründet wurde);

b) vier „Nachfolgeparteien“ (Nachfolger der Staatsparteien der untersuchten Länder);

c) zwei „Blockparteien“ (Parteien, die in diesen Ländern – neben der Staatspartei - auch während des Staatssozialismus legal funktionierten);

d) vier „Transitionsparteien“ (sie entstanden – meistens als aktive Teilnehmer des Kampfes gegen den Staatssozialismus – während des unmittelbaren politischen Transitionsprozesses oder kurz danach) und

e) vier „neue“ Parteien (sie wurden erst Ende der 90er Jahre, schon in der Phase der demokratischen Konsolidierung dieser Länder, gegründet).<sup>3</sup>

Entsprechend ihrer Zugehörigkeit zu einer ideologischen Parteienfamilie werden in der vorliegenden Studie eine kommunistische Partei, 4 sozialdemokratische, 3 nationalliberale und 4 christdemokratische Parteien analysiert. Außerdem befinden sich unter den Untersuchungsparteien eine Bauernpartei und zwei Parteien, die sich

---

<sup>3</sup> In einigen Fällen weisen diese Parteien ihrem historischen Ursprung nach teilweise auch Merkmale anderer Parteytypen auf. Darauf wird in der Tabelle 1 hingewiesen.

in die klassischen ideologischen Parteienfamilien nicht einordnen lassen, demzufolge in dieser Hinsicht als „non-standard“-Parteien bezeichnet werden. Schließlich finden wir unter diesen Parteien zu einem nahezu gleichen Anteil Regierungs- bzw. Oppositionsparteien in dem Untersuchungszeitraum.

**Tabelle 1: Die zu untersuchenden Parteien**

Partei	Land	Gründungs-jahr	Historischer Ursprung	Ideologische Parteienfamilie	Mandatanteil im Parlament (R = Regierungspartei; O = Oppositionspartei)		
					1998	2001	2002
1. ČSSD (Tschechische Sozialdemokratische Partei)	Tschechien	1878 (1989)	historische Partei, (teilweise: Transitions-sp. <sup>4</sup> )	Sozialdemokratisch	37% (R)		35% (R)
2. Fidesz-MPP (Bund Junger Demokraten – Ungarische Bürgerliche Partei)	Ungarn	1988	Transitions-sp.	Nationalliberal	38% (R)		42,5% (O)
3. HZDS (Bewegung für eine demokratische Slowakei)	Slowakei	1991	Transitions-sp.	Nonstandard	28,7% (O)		
4. KDU-ČSL (Christlich – Demokratische Union/ Tschechoslowakische Volkspartei)	Tschechien	1919	ehemalige Blockpartei (teilweise: historische P.)	Christdemokratisch	10% (O)		10,5% (R) <sup>5</sup>

<sup>4</sup> Die ČSSD wird teilweise zu den Transitionsparteien gezählt, weil sie während des Zerfalls des Bürgerforums große Teile von ihm integrierte.

<sup>5</sup> Die sog. „Koalition“, in deren Rahmen die KDU-ČSL zusammen mit der US-DEU zu den tschechischen Parlamentswahlen 2002 angetreten war, gewann insgesamt 15,5% der Parlamentsmandate. Nach der Wahl bildeten beide Parteien im Parlament eigene Fraktionen.

5. KSČM (Kommunistische Partei Böhmens und Mährens)	Tschechien	1921 (1990)	Nachfolgepartei (teilweise: historische P.)	Kommunistisch	12% (O)		20,5% (O)
6. MSZP (Ungarische Sozialistische Partei)	Ungarn	1989	Nachfolgepartei	Sozialdemokratisch	34,7% (O)		46,1% (R)
7. ODS (Demokratische Bürgerpartei)	Tschechien	1991	Transitionsp.	Nationalliberal	31,5% (O)		29% (O)
8. PiS (Recht und Gerechtigkeit)	Polen	2001	neue P.	Christdemokratisch		9,6% (O)	
9. PO (Bürgerplattform)	Polen	2001	neue P.	Nationalliberal		14,1% (O)	
10. PSL (Polnische Volkspartei)	Polen	1989 (1895)	ehemalige Blockpartei (teilweise: historische P.)	Bauernpartei, christdemokratisch		9,1% (R)	
11. SDKÚ (Slovakische Demokratische und Christliche Union)	Slowakei	2000	neue P.	Christdemokratisch	-		
12. SDL' (Partei der Demokratischen Linken)	Slowakei	1990	Nachfolgepartei	Sozialdemokratisch	15,3% (R)		
13. SLD (Bündnis der Demokratischen Linken)	Polen	1999	Nachfolgepartei (formal: neue P. <sup>6</sup> )	Sozialdemokratisch		43,5% (R) <sup>7</sup>	

<sup>6</sup> Das SLD entstand als formal „neue Partei“. Unter den Organisationen, die sie ins Leben riefen (meistens kleine linke Parteien und gesellschaftliche Organisationen, die auch dem Wahlbündnis „SLD“ angehörten), dominierte aber die SdRP (Sozialdemokratie der Republik Polen), der im Januar 1990 gegründete Nachfolger der Staatspartei. Diese war vor der Entstehung der Partei „SLD“ aufgelöst worden. (Lange 2000b; Day 2000)

14. Smer (Richtung)	Slowakei	1999	neue P.	non-standard	-		
15. SMK (Partei der Ungarischen Koalition)	Slowakei	1998	Transitionspar- tei (formal: neue P. <sup>8</sup> )	Christ- demokra- tisch, eth- nisch	10% (R)		

Die grundlegende Fragestellung der vergleichenden Analyse dieser Studie ist, inwieweit die untersuchten Parteien polyarchische Züge (Dahl 1971) aufweisen, also in ihnen mehrere institutionalisierte Machtzentren existieren oder – begünstigt durch innerparteiliche Regelungen – entstehen können, bzw. ob sie – als relativ offene und dezentralisierte Gebilde – ihren Mitgliedern, örtlichen Organisationen und der innerparteilichen Opposition autonome Entscheidungsräume und breite Partizipationsrechte zugestehen. Oder sind diese Parteien eher oligarchisch geprägt, also relativ geschlossen, zentralisiert und hierarchisch, deren Statuten die institutionellen Voraussetzungen eher dafür gewähren, dass in ihnen eine kleine Machtgruppe die relevanten Fragen der Parteipolitik bestimmen kann? Oder sind sie sogar monokratisch strukturiert, also in ihrer äußerst zentralisierten Organisation eine Person (meistens der Parteivorsitzende) die interne Machtstruktur dominiert, wobei sie über besondere, nur ihr zustehende Rechte bei der Entscheidung der relevanten Fragen der Parteipolitik verfügt? (Eckstein/Gurr 1975; Schonfeld 1981: 231-239).

## 2. Polyarchische und oligarchische Organisationsmerkmale – eine quantitative Operationalisierung

Die Parteien zeigen sich in unterschiedlichen Bereichen mehr oder weniger polyarchisch bzw. oligarchisch. Um sich ein Gesamtbild darüber zu machen, welche Partei in welchem Maße dem einen oder anderen Organisationstyp angehört und um dadurch die Parteien miteinander vergleichen zu können, werden im Folgenden die Merkmale, die die Parteien als polyarchisch oder oligarchisch kennzeichnen bzw. in ihnen die Entstehung von polyarchischen oder oligarchischen internen Strukturen begünstigen, aufgezählt und deren Bedeutung für die Bestimmung des Organisationstyps der Parteien durch quantitative Wertangaben verdeutlicht. Dabei werden die „Polyarchie-Merkmale“ durch positive Zahlen und die Eigenschaften, die zu den Merkmalen des Organisationstyps „Oligarchie“ gehören bzw. die Herausbildung oligarchischer innerparteilicher Strukturen fördern, durch negative Zahlen gekenn-

<sup>7</sup> Das SLD gewann zusammen mit der Arbeitsunion (UP), mit der sie bei den polnischen Sejmwahlen 2001 ein Wahlbündnis gebildet hatte, 46,9% der Sitze. Nach der Wahl bildeten beide Parteien eigene Sejmfraktionen.

<sup>8</sup> Im Jahre 1998 bildeten drei ungarische Parteien, die schon während des unmittelbaren politischen Transitionsprozesses entstanden, eine einheitliche Partei.

zeichnet. Tabelle 2 stellt die Ergebnisse dieser quantitativen Operationalisierung dar.<sup>9</sup>

In ihr werden innerhalb der vertikalen Struktur der Parteien folgende Führungsgremien bzw. Organisationseinheiten der Parteien unterschieden<sup>10</sup>:

- 1) „Legislativorgan1“ (Parteitag, Kongress): das höchste Regelungsorgan der Partei;
- 2) „Legislativorgan2“ (Konferenz, Konvent): das Regelungsorgan der Partei, das meistens im Zeitraum zwischen den Sitzungen des „Legislativorgans1“ stattfindet, eine niedrigere Mitgliederzahl hat und über weniger legislative Kompetenzen verfügt;
- 3) „Exekutivorgan1“ (Vorstand): das größere Exekutivgremium, das in der Regel über die meisten formalen Entscheidungskompetenzen verfügt;
- 4) „Exekutivorgan2“ (Präsidium): Parteiorgan, das neben dem Exekutivorgan1 für die tagespolitische Koordinierung der landesweiten ausführenden Parteiaufgaben zuständig ist.
- 5) „Legislativorgan3“ (kleiner Parteitag): befindet sich zwischen den „Legislativorganen1 bzw. 2“ und den „Exekutivorganen1 bzw. 2“, nimmt in erster Linie Regelungsaufgaben wahr, hat aber oft auch gewisse ausführende Funktionen inne.<sup>11</sup>

---

<sup>9</sup> Im Zusammenhang mit der Tabelle 8 sollte im Voraus bemerkt werden, dass bei der Bestimmung ihrer Einordnungskriterien und deren Bewertung rein induktiv verfahren wurde. Es wurden also nur Organisationsmerkmale in die Tabelle aufgenommen, die in den Statuten der untersuchten Parteien erwähnt werden bzw. deren Relevanz in den Interviews der Autorin bei den untersuchten Parteien bekräftigt wurde.

<sup>10</sup> Sie werden in den Tabellen 5-11, die sich im Anhang dieser Studie befinden, ausführlich dargestellt.

<sup>11</sup> Die praktische Bedeutung der Unterscheidung von Typen der Exekutiv- und Legislativorgane besteht u.a. darin, dass Gremien mit dem gleichen Namen bei einer Partei zum Typ „Exekutivorgan1“, bei einer anderen zum Typ „Exekutivorgan2“ und ein drittes Mal sogar zum Typ „Legislativorgan3“ (wie z.B. der Ausführende Ausschuss bei der KSČM und der ČSSD) gehören können.

Innerhalb der horizontalen Struktur der Parteien werden folgende Organisationseinheiten unterschieden:

- 1) Beratungsorgane,
- 2) interessenpluralistische Faktionen,
- 3) richtungspolitische Faktionen (Raschke 1977: 29),
- 4) Nebenorganisationen („affiliated organization“): diese kennen eine eigenständige Organisationsmitgliedschaft, sind aber statutarisch bzw. durch Kooperationsverträge mit der Mutterpartei eng verbunden. (Poguntke 2000: 38)

**Tabelle 2: Polyarchische und oligarchische Organisationsmerkmale – eine quantitative Operationalisierung**

Kriterium	MSZP	ČSSD	Fidesz	ODS	KSČM	SLD	SMK	SDL'	KDU-	SDKÚ	PSL	HZDS	Smer	PO	PiS
1. Eintrittsalter (18 Jahre: 0; unter 18 Jahre: 0,25)	0,25	0	0,25	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
2. Ordnungsmaßnahmen (viele Maßnahmentypen: 0; einzige Maßnahme: Parteiausschuss: 0,25)	0	0,25	0,25	0,25	0,25	0	0,25	0,25	0	0	0	0	0,25	0,25	0
3. Referendum, Mitgliederbefragung (nicht vorgesehen: 0; vorgesehen: 1)	1	1	0	0	1	1	0	1	0	0	0	0,25	0	0	0
4. Partizipationsgarantien in den Führungsgremien für bestimmte Gruppen der Mitglieder (keine – höchstes Quorum für mehrere Gruppen: 0-2)	2	2	0	0	0	1,5	0	1	0	0	0	0,25	0	0	0

Kriterium	MSZP	ČSSD	Fidesz	ODS	KSČM	SLD	SMK	SDL'	KDU-	SDKÚ	PSL	HZDS	Smer	PO	PiS
5. Freiheit der Mitglieder, die Grundorganisation, an deren Arbeit sie teilnehmen selbst auswählen zu können (nein: 0; ja: 0,25)	0,25	0	0,25	0,25	0,25	0	0	0	0	0,25	0,25	0,25	0	0,25	0
6. Bildung von Grundorganisationen/Parteigruppen nicht nur nach dem Ort,- sondern auch nach einem anderen Prinzip möglich (nein: 0; Parteigruppen: 0,25; Grundorg.: 0,5)	0,25	0	0,5	0	0	0,25	0	0	0	0,5	0,25	0,5	0	0,5	0
7. Autonomie der Grundorganisationen (Verletzung in einem Punkt: -0,25)	0	0	0	0	-0,5	0	0	0	0	-0,25	-0,25	0	-1	0,25	-0,5

Kriterium	MSZP	ČSSD	Fidesz	ODS	KSČM	SLD	SMK	SDL'	KDU-	SDKÚ	PSL	HZDS	Smer	PO	PiS
8. In die vertikale Parteistruktur nicht integrierte Koordinierungsorgane auf der territorialen Ebene der Parteistruktur (pro Organ: 0,25)	0,5	0	0	0	0	0	0	0,25	0	0,25	0	0	0	0	0
9. Tagungsfrequenz der Legislativorgane 1 und 2 (letzteres nur dann, wenn es verbindliche Beschlüsse fassen kann) (jedes Jahr: 0,25; 2. jedes Jahr: 0; jedes 4. Jahr: -0,5)	0	0	0	0	-0,5	0	0,25	0	0	-0,5	-0,5	0	0	0	-0,5

10. Entscheidungen im Legislativorgan 1, die bei anderen Parteien im Legislativorgan 3 getroffen werden (pro Entscheidung: 0,25)	0,75	0	0	0	0	0	0	0,5	0	0	0	0	0	0	0
11. Tagungsfrequenz des Legislativorgans 3 (ein-, zwei-, drei-, viermal im Jahr: - 0,25, 0; 0,25; 0,5; monatlich oder öfter: 1), dieses Gremium existiert nicht: -3; nur Beratungsorgan: 2	1	0,25	0,5	1	0,5	0	0,5	0	0,25	-0,25	0,5	-2	-3	1	0,5

12. Anteil der „ex officio“-Mitglieder des Legislativorgans 3 (80-100%: -2; 70-79%: -1,75; 60-69%: -1,5; 50-59%: -1,25; 40-49%: -1; 30-39%: -0,75; 20-29%: -0,5; 10-19%: -0,25; 10%-: 0)	0	-0,5	-0,75	-0,5	-0,25	0	-0,75	-0,75	-1,25	-1	-0,25	k.A.	0	-2	-0,75
13. Anteil der gewählten Mitglieder des Legislativorgans 3 (10-49%: -0,15; 50-100%: -0,25)	0	0	0	0	0	-0,25	0	0	-0,15	-0,25	-0,15	k.A.	0	0	-0,25

**Tabelle 3: Polyarchische und oligarchische Organisationsmerkmale – eine quantitative Operationalisierung (Fortsetzung)**

Kriterium	MSZP	ČSSD	Fidesz	ODS	KSČM	SLD	SMK	SDL	KDÚ-	SDKÚ	PSL	HZDS	Smer	PO	PiS
14. Misstrauensvotum im Legislativorgan 3 gegen Politiker, die im Legislativorgan 1 gewählt wurden	0	0,25	0	0	0,5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0

- verbunden mit Neuwahl (gegen den Parteivorsitzen- den: -0,5; gegen die stellvertretenden Vorsitzen- den: -0,25)																
<b>15.</b> Anteil der „ex officio“-Mitglieder des Exekutivorgans 1 (Bewertung wie im 12)	0	0	-0,5	-0,5	0	0	-0,25	-0,25	-1	-1,75	0	k.A.	k.A.	0	0	
<b>16.</b> Anteil der vom Legislativorgan 3 gewählten Mitglieder des Exekutivorgans 1 (Bewertung wie im 12)	0	-0,75	0	0	-2	-1,75	0	0	0	0	-2	0	0	-2	-2	
<b>17.</b> Anteil der delegierten Mitglieder des Exekutivorgans 1 (0-49%: 0,25; 50-100%: 0,5)	0	0,25	0	0	0	0	0	0,25	0	0	0	0	0	0	0	
<b>18.</b> Existenz des Exekutivorgans 2 (als eigenständiges Gremium um den Generalsekretär: -1; als „Unterausschuss“ des Exekutivorgans 1: -2; als eigenständiges Gremium um den Parteivorsitzenden: -3)	0	-2	0	0	0	-1	0	-2	-2	-2	0	-3	0	0	-3	
<b>19.</b> Nebenorganisationen (Existenz: 0,25; Vertretung in Führungsgremien: Vorsitzender mit Beratungsrecht: 0,25; Vorsitzender mit Stimmrecht: 0,65; Vertreter mit Beratungsrecht: 0,35; Vertreter mit Stimmrecht: 0,75)	1	0,5	0,75	0	0	0,25	0	0,5	0	0	0	0,25	0	0	0	
<b>20.</b> Interessenpluralistische Fak-	1	0,5	0	0	0,25	0	0	0	0,75	0,65	0	0,75	0			

tionen (Bewertung wie in 19)														0	0,25
<b>21. Richtungspolitische Faktionen</b> (Bewertung wie im 19)	1	0,25	0	0	0	0,25	0,25	0	0	0,65	0	0	0	0	0
<b>22. Einfluss der Parteiführung auf die Parlamentsfraktion (Legislativorgan 3, Exekutivorgan 1 - bindende Beschlüsse für die Parlamentsfraktion: -0,5; Verabschiedung der Satzung der Parlamentsfraktion: -0,5; Bestätigung oder Wahl des Vorsitzenden der Parlamentsfraktion in einem Parteigremium: -0,25 bzw. -0,5; Gremien der Partei und der Fraktion fallen überein: -2)</b>	-0,5	0	-0,5	0	-0,25	0	0	-1	0	0	0	0	0	-2	-1
<b>23. Entscheidung über die Kandidaten der Partei zu den Parlamentswahlen nicht auf Delegiertenversammlungen, sondern durch die Parteimitglieder unmittelbar (2)</b>	0	0	0	0	2	0	0	0	2	2	0	0	0	0	0
<b>Insgesamt:</b>	<b>8,50</b>	<b>1,50</b>	<b>0,75</b>	<b>0,5</b>	<b>0,25</b>	<b>0,25</b>	<b>0,25</b>	<b>0</b>	<b>-1,4</b>	<b>-1,7</b>	<b>-2,15</b>	<b>-2,75</b>	<b>-3,75</b>	<b>-3,75</b>	<b>-7,25</b>



Im Folgenden werden – entsprechend der Numerierung der Einordnungskriterien der Tabelle 2 – die Annahmen erläutert, die der Bestimmung dieser Kriterien bzw. ihrer quantitativen Bewertung hinsichtlich des Organisationstyps einer Partei zugrunde liegen:

1. In die meisten Parteien dürfen Personen erst nach dem Erreichen ihrer Volljährigkeit, also ab 18 Jahren eintreten. Diejenigen Parteien, die in ihre Reihen auch Jugendliche unter 18 Jahren aufnehmen, sind offener und durch die Integration der von den „Erwachsenen“ differierenden politischen Denk- und Sichtweisen dieser ganz jungen Generation möglicherweise auch weniger autoritär geprägt, als Parteien, die dies nicht tun.

2. Parteien, im deren Statut nur eine einzige Ordnungsmaßnahme (der Parteiausschluss) vorgeschrieben ist, sind toleranter, als diejenigen, in deren organisatorischen Grunddokument ein ausführlicher Katalog unterschiedlichster Disziplinarmaßnahmen zu finden ist. (Dabei wird angenommen<sup>12</sup>, dass die Parteien diese einzige Ordnungsmaßnahme nur im äußersten Notfall anwenden. Man versucht bei ihnen mit „problematischen“ Mitgliedern durch andere Methoden und nicht mit Hilfe von „Rügen, Verwarnungen usw.“ klarzukommen.)

3. Innerparteiliche Referenden bzw. Mitgliederbefragungen sind wichtige Instrumente der unmittelbaren Partizipation der Mitglieder an der Entscheidungsfindung bzw. Meinungsbildung der Partei, demzufolge gehören sie zu den Kennzeichen einer polyarchischen Parteiorganisation.<sup>13</sup>

4. Partizipationsgarantien – z.B. in Form eines Quorums – in Führungsgremien der Partei für bestimmte soziologisch abgrenzbare Gruppen der Parteimitgliedschaft (z.B. Frauen, Jugendliche, Senioren) können die Entstehung polyarchischer innerparteilicher Verhältnisse begünstigen. Die Teilhabe der Vertreter dieser Gruppen an der Parteiführung kann ein gewisses Gegengewicht zur Macht der Parteioligarchie bilden, die bei den meisten Parteien aus Männern im mittleren Alter besteht.

5. Zu den Rechten der Mitglieder in einer polyarchischen Partei gehört, dass sie die Grundorganisation, an deren Arbeit sie teilnehmen, frei auswählen können.

6. Parteien, bei denen die Bildung von Grundorganisationen bzw. Parteigruppen nicht nur nach dem Orts,- sondern auch nach einem anderen Prinzip (z.B. auf beruflicher Grundlage) erfolgen kann, haben eine vielschichtigere interne Struktur, also sind polyarchischer geprägt, als Parteien, in denen dies nur nach dem Ortsprinzip möglich ist.

7. Es gibt eine Reihe von Fragen (z.B. die Mitgliederaufnahme), deren Handhabung bei den meisten Parteien in die alleinige Zuständigkeit der Grundorganisationen der Partei gehört. Es ist ein Merkmal des internen Zentralismus einer Partei (und dadurch ein Nährboden für die Entstehung einer Organisationsoligarchie), wenn in solchen Fragen höhere Parteiorgane im Statut verankerte Befugnisse haben, in die Autonomie der Grundorganisationen einzugreifen. Diesen Parteien werden entsprechend jeder solchen Interventionsmöglichkeit -0.25 Punkte gegeben.<sup>14</sup>

8. Eine Partei ist umso polyarchischer, je mehr Koordinierungsorgane in ihr auf der territorialen Ebene der Parteistruktur existieren, die in die vertikale Parteistruktur nicht integriert werden.

---

<sup>12</sup> Dies bekräftigten auch die bei den Parteien geführten Interviews der Autorin.

<sup>13</sup> Eine Partei wurde hier auch dann positiv bewertet, wenn zwar in ihrem Statut kein Referendum bzw. keine Mitgliederbefragung vorgeschrieben ist, sie aber bei ihr praktiziert werden.

<sup>14</sup> Die in der Tabelle 8 vergebenen Punkte werden nur in den Fällen erläutert, in denen anzunehmen ist, dass die Logik ihrer Bemessung aus der kurzen Erklärung der Tabelle nicht nachvollziehbar ist.

9. In den Parteien, in denen das Legislativorgan<sup>1</sup> (Parteitag) und das Legislativgremium<sup>2</sup> (Parteikonferenz) nur einmal in vier Jahren einberufen werden, um auf ihren Tagungen u.a. die Parteiführung zur Rechenschaft zu ziehen, hat die engere Parteiführung in der Zwischenzeit mehr Möglichkeit zur Oligarchiebildung, als in den Parteien, in denen die Versammlung eines dieser höchsten Regelungsorgane der Partei einmal in zwei Jahren (oder öfter) stattfindet. (Die Tagungsfrequenz des Legislativorgans<sup>2</sup> wird in diesem Punkt nur dann berücksichtigt, wenn dieses Parteigremium für alle Organisationseinheiten der Partei bindende Beschlüsse fassen kann.)

10./23. Es gibt eine Reihe von Fragen, über die bei den meisten untersuchten Parteien in ihrem Legislativorgan<sup>3</sup> (Parteirat) entschieden wird (z.B. über die Landesliste der Partei zu den Parlamentswahlen). Bei einigen Parteien werden aber – laut ihrem Statut – Beschlüsse über solche Fragen in ihrem Legislativorgan<sup>1</sup> gefasst, um diesen Entscheidungen die breiteste innerparteiliche Legitimität zu gewähren. Dadurch wird das Polyarchie-Potential der gegebenen Partei erhöht. (Wenn bei der Entscheidung über die Kandidatenaufstellung zu den Parlamentswahlen sogar allen Parteimitgliedern die Möglichkeit gegeben wird, mitzubeschließen /also über diese Frage nicht auf Delegiertenversammlungen, sondern in sog. „primären Wahlen“ entschieden wird/, wird dies als Organisationsmerkmal, das den polyarchischen Charakter einer Partei stärkt, im Punkt 23 zusätzlich positiv bewertet.)

11. Je seltener das Legislativorgan<sup>3</sup> der Parteien tagt, umso seltener wird die enge Parteiführung kontrolliert. Dementsprechend hat sie – ähnlich wie im Punkt 9 – mehr Gelegenheit zur internen Oligarchiebildung. (Natürlich ist gar keine solche Kontrolle möglich, wenn dieses Gremium innerhalb einer Partei nicht existiert bzw. die Kontrollfunktion ist sehr eingeschränkt, wenn dieses Parteiorgan nur Beratungsaufgaben innehat.)

12. Das Legislativgremium<sup>3</sup> besteht im „Normalfall“ größtenteils aus Delegierten der niederen Organisationseinheiten der Partei. Eine ihrer wichtigsten Aufgaben ist die Kontrolle der exekutiven Parteiorgane. Je mehr Personen aber „ex officio“ zu den Mitgliedern dieses Gremiums werden, desto weniger kommt die Kontrollfunktion der Parteimitgliedschaft über die ausführenden Parteiorgane zur Geltung. Also umso größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sich die Partei zu einer Organisationsoligarchie entwickelt.

13. Im Legislativorgan<sup>3</sup> einiger Parteien gibt es auch Mitglieder, die vom Legislativgremium<sup>1</sup> gewählt werden. Sie sind zwar durch das höchste Regelungsorgan der Partei bestimmt, ihnen fehlt aber trotzdem die für die delegierten Mitglieder dieses Gremiums charakteristische zusätzliche, basisdemokratische Legitimität. Um diesen Legitimitätsunterschied zwischen den gewählten und delegierten Mitgliedern des Legislativorgans<sup>3</sup> deutlich zu machen, wurden bei denjenigen Parteien, bei denen in der Gremienkonstituierung dieses Parteiorgans die Wahl der Mitglieder dominiert, -0,25 Punkte abgezogen.

14. Im Legislativorgan<sup>3</sup> einiger Parteien kann ein Misstrauensvotum sogar gegen Spitzenpolitiker (den Parteivorsitzenden und die stellvertretenden Vorsitzenden) eingebracht werden, die im Legislativorgan<sup>1</sup> gewählt wurden, und an ihrer Stelle können auch neue Parteifunktionäre bestimmt werden. Damit wird das höchste Legislativorgan der Partei praktisch umgangen. Dieses Recht stärkt die Parteioligarchie, die bei einer solchen Verfahrensweise gegen ihre innerparteilichen Konkurrenten leichter vorgehen kann, als dies vor einer breiteren Öffentlichkeit des Parteitages möglicherweise der Fall wäre.

15. Das Exekutivgremium<sup>1</sup> (Vorstand) der meisten Parteien wird vom Legislativorgan<sup>1</sup> der Partei gewählt. Je mehr „ex officio“-Mitglieder an der Arbeit dieses Gremiums teilnehmen,

desto kleiner ist der Anteil der „vollständig“ legitimierten, weil für dieses Parteiorgan gewählten, Mitglieder dieses Gremiums und desto größer ist die Wahrscheinlichkeit der Oligarchisierung der Partei.

16. Es gibt außerdem einen Legitimitätsunterschied zwischen den Mitgliedern des Exekutivorgans1, die vom Legislativgremium1 und vom Legislativorgan3 gewählt werden. Letzteres ist ein engeres Gremium, in dem die Parteiführung ihren Willen hinsichtlich der erwünschten personellen Zusammensetzung des Exekutivorgans1 möglicherweise leichter durchsetzen kann, als dies im Legislativgremium1 der Fall wäre. Also erhöht die Wahl der Mitglieder des Exekutivorgans1 durch das Legislativgremium3 die Wahrscheinlichkeit der Oligarchiebildung innerhalb der Partei weiter. Deshalb wurden in diesem Punkt der Tabelle den Parteien, bei denen das Exekutivorgan1 größtenteils vom Legislativgremium3 gewählt wird, zusätzliche Minus-Punkte gegeben.

17. Gelegentlich gibt es aber auch Parteien, in deren Exekutivgremium1 Mitglieder (z.B. Vertreter der Regionen) auch von den niederen Organisationseinheiten delegiert werden. Dies verleiht diesem Parteiorgan eine zusätzliche, basisdemokratische Legitimität. Demzufolge kann dieses Gremium bei ihnen offener, „von unten“ kontrollierbarer, also polyarchischer sein, als ihre Pendanten bei anderen Parteien, in deren Gremienkonstruktion die Delegierung keine Rolle spielt. Dieser Zusammenhang wird durch die dafür gegebene positive Punktzahl verdeutlicht.

18. Ein zusätzliches, engeres ausführendes Gremium (das Exekutivorgan2) ist bei den meisten Parteien derjenige Ort, an dem die eigentliche Parteioligarchie zu verorten ist. Dies ist weniger der Fall, wenn es sich hier um ein Gremium handelt, das vom Generalsekretär geleitet wird (und dem der Parteivorsitzende und andere wichtige Spitzenpolitiker der Partei gar nicht angehören). Die Wahrscheinlichkeit der Oligarchiebildung um dieses Parteiorgan ist größer, wenn in ihm, als in einer Art „Unterausschuss“ des Exekutivgremiums1, einige hohe Funktionäre der Partei in regelmäßigen Abständen in Abwesenheit der anderen Mitglieder dieses Parteiorgans wichtige Entscheidungen treffen können. Schließlich ist das Oligarchie-Potential des Exekutivgremiums1 dann am größten, wenn es einen engeren Leitungsstab um den Parteivorsitzenden darstellt und ein großer Teil seiner Mitglieder sogar „auf Vorschlag“ des Parteichefs vom Legislativorgan3 der Partei gewählt wird.

19-21. Eine Parteiorganisation ist umso offener, dezentralisierter, polyarchischer, je mehr Organisationen der horizontalen Parteistruktur sie hat, also je mehr Nebenorganisationen in ihrem Vorfeld wirken bzw. je mehr interessenpluralistische und richtungspolitische Fraktionen in ihr existieren. Diese haben dann einen größeren Einfluss auf die Tätigkeit der Partei, wenn ihnen auch institutionelle Repräsentationsgarantien in den Führungsgremien der Partei gewährt werden. Ihre tatsächliche Wirkung in diesen Parteiorganen hängt davon ab, ob ihre Vertreter mit Beratungs- oder Stimmrecht an der Arbeit dieser Gremien teilnehmen können. Dabei sind die horizontalen Organisationen gegenüber der Parteiführung dann autonomer (und dies erhöht das Polyarchie-Potential der Partei), wenn sie selbst bestimmen können, wen sie in das gegebene Parteiorgan delegieren, und ihr Vertreter in diesem Gremium nicht unbedingt der Vorsitzende ihrer Organisation sein muss. Dementsprechend werden in den Punkten 19-21 der Tabelle die Parteien unterschiedlich bewertet, wenn an der Arbeit ihrer Führungs-

organe der Vorsitzende einer horizontalen Organisation bzw. ein von der Organisation selbst ausgewählter Vertreter mit Beratungs- oder mit Stimmrecht teilnehmen kann.<sup>15</sup>

22. Wenn in einer Partei die Parteiführung einen zu großen Einfluss auf die Parlamentsfraktion der Partei ausüben kann, ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass in ihr – unter Teilnahme einiger bedeutender Funktionäre der Partei und der Fraktion – eine „integrierte Oligarchie“ entsteht. Dabei geht es nicht um den bei allen Parteien üblichen Einfluss der Partei auf ihre Parlamentsfraktion (über allgemeine Direktiven, wonach die Parlamentsabgeordneten der Partei das Parteiprogramm bzw. die Beschlüsse des Parteitags bei ihrer parlamentarischen Arbeit vertreten müssen bzw. darüber, dass die Parlamentsfraktion in den Legislativorganen 1 und 3 der Partei von Zeit zu Zeit Rechenschaft ablegt), sondern darum, ob Parteigremien (Legislativorgan3 oder Exekutivgremium1) bindende Beschlüsse für die Abgeordnetengruppe der Partei beschließen können, evtl. sogar ihre Satzung verabschieden oder ob eines dieser Parteiorgane den Fraktionsvorsitzenden nach seiner Wahl in der Parlamentsfraktion noch zusätzlich in seinem Amt bestätigen oder ihn sogar wählen soll.

### 3. Organisationsstrukturen der Parteien

Wie aus Tabelle 2 ersichtlich, trifft der Organisationstyp „Polyarchie“ von den untersuchten Parteien am meisten (mit 8,5 Punkten) auf die *MSZP* zu. Mit Ausnahme der Frage des Einflusses der Parteiführung auf die Parlamentsfraktion<sup>16</sup> liegen alle Werte dieser Partei im positiven Bereich; sie zeigt also vor allem Merkmale einer polyarchischen Organisation. Davon zeugen u.a. die Dominanz der nicht-„ex officio“-Mitgliedschaften in ihren Parteigremien, die ausgedehnten Partizipationsrechte der Mitglieder, die hochgradige Autonomie der territorialen bzw. örtlichen Organisationen der Partei und das Vorhandensein einer vielfältigen horizontalen Struktur, deren Organisationsformen über „starke“ innerparteiliche Partizipationsrechte verfügen.

Dies hängt erstens damit zusammen, dass sich die in ihren Wesenszügen seit Anfang der 90er Jahre bis heute konstante Organisationsstruktur der Nachfolgepartei *MSZP* als Negation einer äußerst zentralistisch-hierarchischen Parteistruktur während des Abbaus des Parteistaates herausbildete. In der Organisationsphilosophie der Reformer der Partei spielten der Autonomiegedanke bzw. die Vorstellung über den Aufbau der Organisation „von unten nach oben“ eine zentrale Rolle. Die polyarchischen Strukturen entstanden außerdem in dieser Zeit in vieler Hinsicht auch spontan, als sich beim Zerfall der alten Partei ihre Einzelorganisationen verselbständigten. Deren damals errungene Autonomierechte konnten – trotz zeitweiliger Versu-

---

<sup>15</sup> Wenn sich der Vorsitzende oder ein anderer Vertreter einer horizontalen Organisation an der Arbeit mehrerer Parteigremien (einmal mit Beratungs- und ein anderes Mal mit Stimmrecht) beteiligt, wird diejenige Organisationspartizipation berücksichtigt, für die in dieser Tabelle mehr Punkte gegeben werden.

<sup>16</sup> Die Regelung des Statuts der *MSZP*, wonach sowohl der Landesausschuss als auch der Parteivorstand bindende Beschlüsse für die Parlamentsfraktion der Partei verabschieden können, zeugt von der in der Organisationsphilosophie der *MSZP* dominierenden „Transmissionsauffassung“, dementsprechend die Parlamentsfraktion die Entscheidungen der Parteiorgane ausführen soll. Die von dieser Regel abweichende Haltung der Parlamentarier wurde aber in der Wirklichkeit kaum sanktioniert. So bildeten innerhalb der *MSZP* die Partei- und die Fraktionsführung meistens – besonders während der Regierungsposition der Partei – zwei relativ autonome, starke Machtsubjekte.

che seitens der Parteiführung – bis heute nicht zurückgenommen werden. Ähnlich ist dies mit den Plattformen der Partei, deren Ursprünge auch in die Entstehungszeit der Partei im Jahre 1989 zurückreichen<sup>17</sup> und die bis heute als wichtige Medien der Beeinflussung der Parteipfentlichkeit in programmatischen und personellen Fragen fungieren bzw. – nicht zuletzt dank ihrer institutionalisierten Vertretung in verschiedenen Parteigremien – wichtige Machtfaktoren innerhalb der Partei bilden.

Zweitens hat die Herausbildung polyarchischer innerparteilicher Verhältnisse ihre Ursache darin, dass in der MSZP infolge der großen Heterogenität der sozialen Zusammensetzung ihrer Mitglieder und Sympathisanten äußerst unterschiedliche, z.T. gegensätzliche Interessen vertreten werden.<sup>18</sup> Für ihre Einbindung und parteiinterne Schlichtung bildet die polyarchische Organisationsstruktur einen adäquaten Organisationsrahmen.

Auf die MSZP folgt mit 1,5 Punkten die ČSSD, die auch viele polyarchische Züge aufweist. Die Partei zeigt zwar einige Organisationsmerkmale, die die Entstehung oligarchischer innerparteilicher Verhältnisse begünstigen (z.B. existiert in ihr ein zweites, engeres Exekutivorgan /das Politische Gremium /als „Unterausschuss“ des Parteivorstands und der größere Teil der Mitglieder des letzteren Parteiorans wird nicht vom Parteitag, sondern vom Legislativorgan<sup>3</sup> /vom Zentralen Ausführenden Ausschuss /der ČSSD gewählt). Deren Wirkung wird aber durch andere Regelungen ausgeglichen. Die niederen Organisationseinheiten der Partei delegieren einen Teil des Parteivorstandes unmittelbar; es werden in der ČSSD innerparteiliches Referendum bzw. Mitgliederbefragung praktiziert; Frauen bekommen in ihr relativ breite Partizipationsrechte in den Führungsgremien und auch die Wahl von Jugendlichen in die Parteiorgane wird auf allen Ebenen der Parteistruktur durch statutarische Regelungen begünstigt.<sup>19</sup> Außerdem existieren in der ČSSD alle vier Typen der horizontalen Organisationen, deren Vertretung in den Führungsgremien der Partei meistens auch in der Satzung der ČSSD gesichert wird. Das in vieler Hinsicht polyarchische Organisationsprofil der Partei spiegelt erstens die Organisationsphilosophie ihrer Gründer wider, der Vertreter der historischen Sozialdemokratie, denen sich in der ersten Phase der Parteientwicklung eine Reihe von Aktivisten der Bürgerbewegung gegen den Staatssozialismus anschlossen. Zweitens kommt in ihm die reale Heterogenität der Machtstruktur der Partei zum Ausdruck. Die Macht der Parteiführung war schon ab Mitte der 90er Jahre durch starke regionale Organisationen (in erster Linie in Nord- und Südmähren) begrenzt. Seit ungefähr dieser Zeit nahm auch die Wählerunterstützung der ČSSD und demzufolge auch das Interesse der Medien an die Partei zu. Die tschechischen Sozialdemokraten nutzten diese Situation, um die verschiedenen Segmente (junge Politiker, Frauen, innerparteiliche Strömungen) der Parteistruktur in der Öffentlichkeit darzustellen. Die erhöhte Medienpräsenz wirkte sich mit einer weiteren Verstärkung der polyarchi-

---

<sup>17</sup> Es gibt drei Plattformen innerhalb der Partei: die sozialliberale Assoziation für die sozialdemokratische MSZP, die Linke Vereinigung (sie fordert Arbeiterselbstverwaltungen neuen Typs und andere Formen der unmittelbaren Demokratie) und die Sozialistische Plattform (sie repräsentiert eine den Gewerkschaften nahe stehende „volks-nationale“ Strömung, die ein sozial ausgleichendes, nationales Modernisierungsprogramm präferiert), deren Vorgänger-Plattformen schon an dem Gründungsparteitag der MSZP eine große Rolle spielten.

<sup>18</sup> Es handelt sich z.B. sowohl um „Neu-Unternehmer“ des alten Parteiapparats als auch um gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer.

<sup>19</sup> Dies bezieht sich auf territorialer Ebene der Parteistruktur auch auf die Senioren der Partei.

schen Züge der ČSSD auf die Partei zurück.<sup>20</sup> Seit 1998, dem Anfang der Regierungsposition der tschechischen Sozialdemokraten, verselbständigte sich auch die Parlamentsfraktion zunehmend als eigenständiges Machtsubjekt der Partei.

Im positiven Bereich der Tabelle befindet sich mit 0,75 Punkten auch die Fidesz-MPP. In die Partei werden Beitrittswillige schon mit 16 Jahren aufgenommen. Die Fidesz-Mitglieder haben umfangreiche Rechte zur Kontrolle der Führungsgremien innerhalb der Partei (darunter auch einige unter den untersuchten Parteien einzigartige Rechte, wie z.B. das Recht zur Einsicht in die Protokolle der Sitzungen der Führungsgremien der Fidesz-MPP). Die „ex officio“-Mitgliedschaften in den Führungsgremien der Partei sind gering, das Legislativorgan<sup>3</sup> (Landesausschuss) der Partei besteht in erster Linie aus von unteren Organisationseinheiten der Partei delegierten Mitgliedern, und die Parteitagsdelegierten werden auf der untersten Ebene der Parteistruktur, in den Grundorganisationen, gewählt. Die Fidesz-MPP verfügt auch über eine Reihe von Nebenorganisationen (mit ihr kooperierende Jugendorganisation und Verbände), durch die die Partei im rechten organisatorischen Beziehungsgeflecht der Zivilgesellschaft verankert ist. Diese Organisationen sind auch in verschiedenen Führungsgremien der Partei mit Stimmrecht vertreten. Einige basisdemokratische Züge (z.B. dass in der Partei Grundorganisationen nicht nur nach dem Ort-, sondern auch nach einem anderen Prinzip / z.B. gemeinsamen Interessen der Mitglieder / gebildet werden können) sind inzwischen durch eine zentralistische Organisationswirklichkeit verdrängt worden. Also die Fidesz-MPP ist – trotz der statutarischen Möglichkeit der Bildung von Grundorganisationen nach einem anderen Organisationsprinzip – heute fast ausschließlich nach dem vertikalen Prinzip organisiert.

Die Partei trägt auch gewisse elitäre Züge. Davon zeugt der strenge Modus der Aufnahme neuer Mitglieder in die Partei: es werden nur diejenigen Personen in die Fidesz-MPP aufgenommen, die zu ihrem Aufnahmeantrag auch die schriftliche Empfehlung von drei Parteimitgliedern, die länger als ein Jahr der Fidesz-MPP angehören, beifügen können. Die Parteiführung übt auf die Parlamentsfraktion einen großen Einfluss aus (der Fraktionsvorsitzende wird z.B. auf der Sitzung der Parlamentsfraktion auf Vorschlag des Parteivorstandes gewählt). Insgesamt ist jedoch festzustellen, dass die in der politologischen Fachliteratur oft erwähnten oligarchischen Züge der realen Parteistrukturen der Fidesz-MPP weniger mit den im Statut der Partei festgelegten formalen Organisationsstrukturen, als mit subjektiven Faktoren, z.B. mit dem autoritären Führungsstil einiger seiner Politiker und mit dem konservativ-technokratischen Politikverständnis der Führungselite der Partei zusammenhängen.

Das Gleiche ist auch für die tschechische ODS charakteristisch, die sich mit 0,5 Punkten auch noch im polyarchischen Bereich der Tabelle befindet. Die Partei erwähnt – eine Seltenheit unter den untersuchten Parteien – als eine ihrer Zielsetzungen in ihrem Statut die demokratische interne Struktur. Dies hängt sicherlich damit zusammen, dass die ODS die größte „Nachfolgepartei“ der wichtigsten demokratischen Kraft des tschechischen Systemwechsels, des Bürgerforums, ist. Trotzdem ist sie nicht so sehr als polyarchische, sondern als eher formell „nicht-oligarchische“ Partei zu charakterisieren. Die Mitglieder haben kaum mehr Rechte, als dies das „demokratische Mindestmaß“ verlangt, aber es gibt auch keinen Amtsträger und kein Gremium in der Partei, der oder das über irgendwelche Sonderrechte verfügen wür-

---

<sup>20</sup> Dabei entstand – nach der Einschätzung eines Mitarbeiters der ČSSD – ein besonderes Machtzentrum auch um die sog. „Mediengruppe“ der Partielite. (Zu dieser Gruppe gehören diejenigen Politiker der Partei, die ihren Einfluss innerhalb der Machtstruktur der Partei ihren ausgesprochen guten Kontakten zu den Medien zu verdanken haben.)

de. In den Führungsorganen der ODS gibt es kaum „ex officio“-Mitgliedschaften, die entsprechenden Gremien der Partei kontrollieren sich gegenseitig. Es gibt in der ODS keine horizontalen Organisationsformen, aber die vertikale Struktur ist nicht stark zentralisiert. Sie wird eher durch gewisse Dezentralisierungstendenzen geprägt: dem Parteimitglied ist es z.B. selbst überlassen, welchem Ortsverein es beitrifft, die regionalen Parteiorganisationen sind gegenüber der Parteizentrale in vieler Hinsicht autonom und formal stellt die Parlamentsfraktion gegenüber der Parteiführung ein autonomes Handlungs-subjekt dar. Die Ursache der in der Fachliteratur oft betonten Dominanz der ODS durch ihren Parteivorsitzenden, Vaclav Klaus, ist also nicht im Bereich der institutionell-formellen Faktoren, sondern eher im Bereich des Subjektiven, in der Autorität der Politikerpersönlichkeit Klaus, zu suchen.

Das SLD erweist sich in der Tabelle mit 0,25 Punkten als eine Partei, in deren formaler Organisationsstruktur die polyarchischen Züge noch gerade etwas überwiegen. In ihr existieren zwar Frauenquorum, innerparteiliches Referendum und Mitgliederbefragung, sie hat aber von den untersuchten Parteien die komplizierteste Organisation, die – nicht nur auf der Landesebene, sondern auch auf der territorialen Ebene der Parteistruktur – äußerst hierarchisch und zentralisiert ist. Alle exekutiven Gremien der Partei werden – mit Ausnahme einiger ihrer Spitzenfunktionäre – nicht von der Mitglieder- oder Delegiertenversammlung, sondern vom Legislativorgan<sup>3</sup> (dem Rat) der entsprechenden Ebene der Parteistruktur gewählt. (Diese Verfahrensweise gilt sogar bei den Gemeindeorganisationen.) Im SLD existiert auch ein zweites landesweites Exekutivgremium (das Landesexekutivkomitee), das aber als Organisationsteam um den Generalsekretär weniger Machtkompetenzen besitzt, als das Exekutivorgan<sup>2</sup> der anderen untersuchten Parteien.

Das Statut des SLD nennt zwei horizontale Organisationsformen, die politisch-programmatischen Räte und die programmatischen Plattformen, die auf allen Ebenen der Parteistruktur gebildet werden. Sie haben keine statutarisch gesicherten Repräsentationsgarantien in keinem der Führungsgremien der Partei. Dem politisch-programmatischen Rat gehören zwar auf der Landesebene der Parteistruktur die Vertreter der Gewerkschaften und andere gesellschaftliche Organisationen, mit denen die Partei eine Kooperationsvereinbarung verbindet. Dieses Beratungsorgan kann aber nur Empfehlungen der Parteiführung aussprechen.

Wodurch erklärt sich diese formal sehr schwache Stellung der Organisationsformen der horizontalen Parteistruktur im SLD, das über eine große Vielfalt von Nebenorganisationen verfügt? (Zu ihnen kann die Mehrzahl der ca. 30 auch heute noch existierenden Organisationen gezählt werden, aus denen das SLD als Wahlbündnis Anfang der 90er Jahre entstand.) Dies hängt mit den Umständen der Entstehung der Partei SLD Ende 1999 zusammen. Sie erfolgte nicht in einer Situation – wie dies bei der Gründung der MSZP der Fall war –, als für die beteiligten Akteure in erster Linie die Distanzierung von der Organisationspraxis einer äußerst hierarchisch-zentralistischen Vorgängerpartei wichtig war. Die Gründung der Partei SLD wurde vollzogen, um einer sehr zersplitterten rechten Regierungskoalition eine einheitliche linke politische Kraft als regierungsfähige Alternative entgegenzustellen. Dabei wurde – mit dem Argument der Effektivität im Parteienwettbewerb – die bis dann informelle Oligarchie um den Vorsitzenden der SDRP, die das Wahlbündnis SLD dominiert hatte, in der Partei SLD in vieler Hinsicht formalisiert.

Allerdings bedeutet die schwache formale innerparteiliche Stellung der horizontalen Organisationsformen im SLD nicht, dass sie aus der Partei bzw. aus ihrem Umfeld hinausgegrenzt wären. Es wurde zwar in ihm mit der Gründung der einheitlichen Partei ein klares formales

Machtzentrum geschaffen, die realen polyarchischen Strukturen existieren aber - in Form von geduldeten Gruppierungen, Strömungen – in der Partei weiter. Ihre Existenz folgt – ähnlich der MSZP – aus den im SLD vorhandenen ganz unterschiedlichen, intern zu vermittelnden Interessen der Mitgliedschaft und der Sympathisanten der Partei, und wird in der Öffentlichkeit als Demonstration der Vielschichtigkeit der großen „Volkspartei“ zur Erweiterung der Wählerbasis des SLD geschickt genutzt.

Auch die KSČM erreichte 0,25 Punkte in der Tabelle 8. Ihr Organisationsprofil zeigt ein eigenartiges Gemisch von oligarchischen und polyarchischen Strukturmerkmalen. Einerseits stellt die Partei eine äußerst zentralisierte Organisation dar – ähnlich ihrem Vorgänger, der kommunistischen Staatspartei der ehemaligen Tschechoslowakei. In ihr verfügen höhere Parteiorgane über einige im Statut verankerte Befugnisse, mit denen sie in die Autonomie der Grundorganisationen eingreifen können. Der Parteitag der KSČM findet einmal in 4 Jahren statt, und die Parteikonferenz kann nur Empfehlungen für die Parteiorgane geben. Das Legislativorgan<sup>3</sup> der Partei, der Zentrale Ausschuss (im Staatssozialismus „Zentralkomitee“ genannt), wird also eine sehr lange Zeit vom höchsten Legislativorgan der KSČM nicht zur Rechenschaft gezogen. Nicht der Parteitag, sondern der Zentrale Ausschuss der Partei wählt – mit Ausnahme des Vorsitzenden und des ersten stellvertretenden Vorsitzenden der KSČM – das Exekutivorgan<sup>1</sup>, den Ausführenden Ausschuss (vor dem Systemwechsel „Politbüro“) der Partei. Im letzteren Gremium kann – unter bestimmten Bedingungen – ein Misstrauensantrag sogar gegen den Vorsitzenden der KSČM - eingebracht und an seiner Stelle eine neue Person gewählt werden. Den Organisationen der horizontalen Parteistruktur werden keinerlei Repräsentationsrechte in den Führungsgremien der Partei zugesichert. Von der Dominanz der Parteiführung über die Parlamentsfraktion der KSČM zeugt, dass die neu gewählten Vorsitzenden der parlamentarischen Klubs der Partei im Zentralen Ausschuss der KSČM bestätigt werden müssen.

Andererseits gibt es in dieser Partei (in erster Linie basisdemokratische) Organisationsmerkmale, die als Negation der äußerst autoritär geprägten, undemokratischen Organisations-tradition der Vorgängerpartei etabliert wurden. So wird z.B. innerparteiliches Referendum im Statut nicht nur vorgeschrieben, sondern auch praktiziert. In der KSČM können die Mitglieder frei auswählen, an der Arbeit welcher Grundorganisation sie teilnehmen wollen. Die Bezirksorganisationen haben eine gewisse Autonomie innerhalb der Parteiorganisation. Über die Kandidaten der KSČM zu den Parlamentswahlen wird nicht auf Delegiertenversammlungen, sondern - allein von den untersuchten Parteien - in sog. „primären“ Wahlen durch die Parteimitglieder unmittelbar entschieden.

Auch der Polyarchie-Wert der **SMK** beträgt 0,25. Die Partei ist von ihrem Ursprung her polyarchisch geprägt, weil sie im Jahre 1998 durch die Fusion von drei in der Slowakei wirkenden ungarischen Parteien (der Ungarischen Christdemokratischen Bewegung /MKDH /, der Ungarischen Bürgerpartei /MOS /und der Bewegung „Zusammenleben /Együttélés/“) entstand. Bei der Bildung der einheitlichen Partei wurden entsprechend der programmatischen Ausrichtung der Gründungsparteien innerhalb der SMK Plattformen zugelassen. Allerdings wurde ihnen – um die Einheitlichkeit der Parteiführung nicht zu gefährden – keine institutionellen Partizipationsrechte in den Führungsgremien der Partei zugestanden. Weil sich die Mitgliedschaft der neuen Partei mit der neuen Situation schnell zurecht fand und den neuen Plattformen nicht massenhaft anschloss, wurden diese zu eher unbedeutenden Diskussionskreisen einiger Parteintellektueller. Die institutionellen Mechanismen der Kontrolle der Par-

teiführung sind hingegen bedeutend: die entsprechenden Parteiforen tagen oft und haben starke Kontrollkompetenzen. So wird z.B. der Vorsitzende des Landesrats vom Parteitag gewählt, was diesem Gremium eine besondere Legitimität verleiht. In den Parteigremien ist der Anteil der „ex officio“-Mitgliedschaften relativ hoch, was damit zusammenhängt, dass man bei der Verabschiedung des Parteistatuts versuchte, gegenüber den in den „Plattformen“ weiterlebenden ursprünglichen parteipolitischen Spaltungslinien der fusionierten Partei die vertikale Struktur der SMK zu stärken.

Im Organisationsprofil der SDL', die auf der Polyarchie-Skala mit 0 Punkten auf die SLD, die KSČM und die SMK folgt, sind polyarchische und oligarchische Organisationsmerkmale nahezu im gleichen Maße zu finden. In dieser Partei existiert ein zweites, engeres Exekutivgremium (der Republikvorstand) als eigentliches informelles Machtzentrum der SDL'. In allen ihren Führungsgremien ist eine große Zahl an „ex officio“-Mitgliedern zu finden. Allerdings gibt es im Exekutivorgan1 (Republikausschuss) der Partei auch Mitglieder, die die Kreisorganisationen in dieses Gremium delegieren. In der SDL' existiert zwar ein Frauenquorum, allerdings sind bei seiner Verwirklichung etliche Ausnahmen möglich. Über die Landesliste der Partei zu den Parlamentswahlen und über die Bildung einer Regierungskoalition entscheidet nicht – wie bei den meisten Parteien – das Legislativorgan3, sondern der Parteitag der SDL'.

Allerdings hat der Republikausschuss der Partei ungewöhnlich starke Kompetenzen hinsichtlich der Leitung der Tätigkeit des Abgeordnetenklubs bzw. des Ministerklubs der SDL': es wählt sogar – nach Beratung in den Klubs – deren Vorsitzenden und beruft sie ab. Es kontrolliert außerdem ihre Arbeit, wobei es dafür seine Zustimmung geben soll. Dies wurde verweigert, als die Parteiführung im Januar 2002 die Finanzministerin der Dzurinda-Regierung, Brigita Schmögnerová (prominente Vertreterin des sozialliberalen Flügels der SDL'), aus ihrem Amt zurückberief. Damit wurde eine seit Jahren andauernde allgemeine Schwäche der SDL' wieder deutlich: die Unfähigkeit, das Problem der innerparteilichen Strömungen – deren Polyarchie-Potential für die Partei nutzend – zu handhaben. Deren Institutionalisierung in Form von Plattformen ist – nach dem Parteistatut – nicht möglich. Auch in der politischen Praxis waren diese eher ausgegrenzt als integriert. Demzufolge wurde die SDL' in ihrer Geschichte von mehreren Abspaltungen getroffen: 1994 verließen Ján Lupták und 1999 Robert Fico die Partei, bzw. 2002 trennten sich mehrere bekannte Vertreter des sozialliberalen Flügels der SDL' von ihr. Jedes Mal gründeten die „desertierten“ Politiker neue Parteien, und jedes Mal verkleinerte sich die Wählerschaft der SDL'.

Im negativen Bereich der Tabelle (also näher zu einer Organisationsoligarchie) befindet sich mit -1,4 Punkten – die KDU-ČSL. Diese Partei weist zwar in bestimmten Bereichen einige Merkmale einer polyarchischen Partei auf: in ihr wird z.B. über die Parlamentsabgeordneten der Partei in sog. „primären Wahlen“ (also nicht auf Delegiertenversammlungen, sondern durch alle Parteimitglieder des gegebenen Wahlbezirks unmittelbar) entschieden, die Vertreter der interessenpluralistischen Faktionen (Berufs-, Interessen-, bzw. Regionalvereinigungen oder Klubs) der Partei werden im Legislativorgan3 der KDU-ČSL mit Stimmrecht vertreten, und die Partei definiert für sich in ihrem Statut gegenüber ihrer Parlamentsfraktion nur Koordinierungsaufgaben. Die Tatsachen aber, dass a) die Partei über ein zweites Exekutivgremium als „Unterausschuss“ des Exekutivorgans1 mit starken Machtkompetenzen verfügt, b) in ihr die Parteifunktionäre - aufgrund ihrer 4jährigen Amtszeit - durch eine Neuwahl nur selten zur Verantwortung gezogen werden und c) in der Konstituierung der Führungsgremien der Partei

die „ex officio“-Mitgliedschaften eine große Rolle spielen, rückt die KDU-ČSL auf der Bewertungsskala in Richtung einer Organisationsoligarchie.

Ein ähnliches Bild zeigt die SDKÚ, die in der Tabelle 2 mit -1,7 Punkten auf die KDU-ČSL folgt. Die Leiter aller Organisationseinheiten der horizontalen Struktur der SDKÚ (der Beratungsorgane /Sektionen/, der interessenpluralistischen Faktionen /Vereinigungen/ und der richtungspolitischen Faktionen /ideologisch-programmatischer Plattformen/) werden mit Stimmrecht in verschiedenen Führungsgremien der Partei vertreten. Auch über die Parlamentsabgeordneten der SDKÚ wird – ähnlich der KDU-ČSL – durch alle Parteimitglieder des gegebenen Wahlbezirks entschieden. Auch in dieser Partei haben die Führungsgremien einen ziemlich hohen Anteil an „ex officio“-Mitgliedern, und die Mitglieder der höchsten Führungsgremien der Partei werden nur sehr selten durch das höchste Entscheidungsforum der Partei kontrolliert bzw. durch Neuwahl zur Verantwortung gezogen, weil der Parteitag in dieser Partei immer nach den jeweiligen Parlamentswahlen (also meistens vierjährig) stattfindet. Außerdem existiert auch in der SDKÚ ein zweites Exekutivgremium (das Präsidium), das über bedeutende Machtkompetenzen verfügt. Schließlich zeichnet diese Partei eine Besonderheit aus, die sie von allen anderen untersuchten Parteien unterscheidet: der Schlüssel für die Wahl der Delegierten für den Kongress der SDKÚ geht nicht aus der Mitgliederzahl der Partei in der gegebenen Region hervor, sondern aus der Anzahl der Stimmen, die für die Partei bei den letzten Wahlen in den Nationalrat der Slowakischen Republik in der entsprechenden Region abgegeben wurden. Dies stärkt – durch die Schwächung der Mitgliederorganisation – die in der SDKÚ mit den Parlamentsfraktion eng verflochtene Parteioligarchie.

Die nächste Partei auf der Bewertungsskala, die noch deutlichere oligarchische Züge zeigt, ist die Nachfolgepartei PSL. Es gibt zwar in dieser Partei gewisse Bestrebungen, demokratische Elemente der Entscheidungsfindung und der Parteistruktur statutarisch zu sichern (so wird z.B. im Statut der PSL festgeschrieben, dass die Vorsitzenden der Parteigremien auf jeder Ebene der Parteistruktur immer unter mindestens zwei Kandidaten gewählt werden müssen bzw. dass der Vorsitzende des Legislativorgans<sup>3</sup> /der Führungsrat/ der Partei – ähnlich dem Parteivorsitzenden - auch vom Kongress gewählt wird), allerdings wird die polyarchische Wirkung dieser Organisationslösungen durch andere Besonderheiten der Parteistruktur z.T. außer Kraft gesetzt. So wird die Lage des über große Legitimität verfügenden Vorsitzenden des Führungsrates der PSL dadurch geschwächt, dass dieses Gremium nur sehr begrenzte Macht- bzw. Kontrollkompetenzen inne hat. Außerdem kann der Parteikongress seine Kontrollfunktionen über die Machtstruktur der Partei nur selten ausüben, weil er nur einmal in vier Jahren einberufen wird. Alle Führungsgremien der PSL bestehen zu einem hohen Anteil aus „ex officio“-Mitgliedern. Der größte Teil der Mitglieder des Exekutivorgans<sup>1</sup> (Oberstes Exekutivkomitee) wird nicht durch den Parteirat, sondern durch ein Gremium von geringerer Legitimität, das Legislativorgan<sup>3</sup> (den Führungsrat) der Partei gewählt. Den oligarchischen Charakter der PSL stärkt weiterhin, dass die Parlamentsabgeordneten der Partei nicht durch die Parteimitglieder, sondern durch die Wahlkonvente der Regionen bzw. durch einen Landeswahlkonvent bestimmt werden, die ausschließlich aus den Mitgliedern verschiedener Führungsgremien der Partei bestehen. Von der Dominanz der Parteiführung über die Parlamentsfraktion der PSL zeugt schließlich, dass die Satzung der Fraktion durch den Führungsrat der Partei bestätigt werden muss.

Die nächste Partei auf der Bewertungsskala ist die *HZDS*, die einen Polyarchie-Wert von -2,75 aufweist. Ihre Parteistruktur hat einige formelle Züge, die sie in Richtung „Polyarchie“

rücken könnten. Es wird im Parteistatut ein innerparteiliches Referendum vorgesehen, allerdings nur für den Fall, wenn über die Auflösung der HZDS entschieden werden muss. Es werden im organisatorischen Grunddokument der Partei die besonderen Rechte der Frauen betont, sie werden aber nicht durch ein innerparteiliches Quorum gesichert, sondern es muss lediglich der Generalsekretär der HZDS einmal im Jahr dem Parteivorstand einen Bericht über Gleichberechtigung der Frauen in der Partei und der Gesellschaft vorlegen. Es wird im Statut der HZDS vorgeschrieben, dass niemand innerhalb der Partei mehr als zwei Wahlfunktionen bekleiden darf. In einigen Fragen ist man bestrebt, Entscheidungen auf dem Parteiforum von größter Legitimität zu fällen: so entscheidet man über Wahlkoalitionen und über die Kandidaten der HZDS für den Nationalrat auf dem Parteitag.

Allerdings hat ein in den meisten anderen Parteien wichtiges Gremium der internen Machtstruktur, das Legislativorgan 3, in der HZDS nur eine Beraterfunktion inne. Außerdem befindet sich auf allen Ebenen der Partei neben dem Parteivorstand ein enges Exekutivorgan (das sog. „Gremium“) mit unbestimmten formalen und wichtigen informellen Machtkompetenzen. Das „Gremium“ auf der Landesebene der Partei ist der Ort, wo innerhalb der HZDS die Parteioligarchie um den in vieler Hinsicht monokratischen Parteivorsitzenden lokalisiert werden kann.

Noch deutlichere polyarchische Züge weist mit -3,75 Punkten die Partei **Smer** auf. In ihr entfällt die in den meisten anderen Parteien so wichtige Kontrollfunktion des Legislativorgans<sup>3</sup> über die enge Parteiführung, weil ein solches Gremium in dieser Partei gar nicht existiert. Von der organisatorischen Schwäche, aber auch von einem starkausgebildeten Zentralismus in der Smer zeugt, dass in ihr über die Aufnahme neuer Mitglieder der Parteivorstand entscheidet. Die Macht der Parteioligarchie wird in dieser Partei dadurch besonders gefördert, dass ein im Statut nicht genau festgelegter Teil des Parteivorstands nicht gewählt, sondern durch dieses Gremium kooptiert wird.

Mit der gleichen Punktzahl rangiert auf dem vorletzten Platz der Bewertungsskala das polnische Bürgerforum, **PO**. Das wichtigste Unterscheidungsmerkmal dieser Partei von allen anderen untersuchten Parteien besteht darin, dass auf der Landesebene der PO die Parlamentsfraktion bzw. deren Gremien und die Parteiorgane (mit Ausnahme des Legislativorgans<sup>1</sup>, des Landeskongresses) vollständig zusammenfallen. Die Fraktionsoligarchie ist also im Wesentlichen mit der Parteioligarchie gleichzusetzen. Davon, inwieweit dies auch auf die Ebene der Regionen (=Wojewodschaften) zutrifft, zeugt, dass in dieser Partei der Regionsvorsitzende nicht auf der Regionsversammlung gewählt wird, sondern diesen Posten automatisch der Sejmapbeordnete derjenigen Bürgerplattform bekommt, die bei der Wahl zum Sejm in den Gebieten, welche auf dem Territorium der gegebenen Wojewodschaft liegen, die größte Anzahl der Stimmen gewonnen hat. Falls diese Person auf das Amt des Regionsvorsitzenden verzichtet, übernimmt dieses Amt eine vom Regionsvorstand unter den Abgeordneten, welche Mitglieder der PO in der Region sind, ausgewählte Person. Erst dann, wenn auch dieser Sejmapbeordnete auf das Amt des Regionsvorsitzenden verzichtet oder wenn es in der Region keinen Abgeordneten gibt, welcher Mitglied der Bürgerplattform ist, wird der Regionsvorsitzende von der Regionalversammlung gewählt.

Von dem sich um die Parlamentsfraktion der PO konzentrierenden oligarchischen Charakter der Partei zeugt auch, dass es zwar in der PO einen Landeskongress gibt, dem neben den Parlamentsabgeordneten der Partei auch die in den unteren Organisationseinheiten der PO gewählten Delegierten angehören, das Programm der Partei und die Satzung zu den Vorwah-

len bei den Parlaments- und Kommunalwahlen aber von der Parlamentsfraktion verabschiedet wird.

Mit -7,25 Punkten zeigt sich unter den untersuchten Parteien die PiS als die am deutlichsten oligarchische Partei. Der Eintritt neuer Mitglieder in die Partei wird durch ein kompliziertes Aufnahmeverfahren erschwert: die Mitglieds кандидatur muss von zwei Mitgliedern der PiS unterstützt werden. Über die Mitgliederaufnahme entscheiden nicht die Grundorganisationen, sondern der Hauptvorstand der Partei. Davon, dass die PiS nicht „von unten“, sondern „von oben“ aufgebaut wird, zeugt, dass die Gemeinde-, Stadtteil- und Kreisbevollmächtigten der Partei nicht am Ort gewählt, sondern von den Wojewodschaftsvorständen berufen werden. Sogar die horizontale Struktur der Partei zeigt autoritäre Merkmale: der Vorstand des Jugendforums der PiS auf der landesweiten Ebene der Parteistruktur wird vom Hauptvorstand auf Antrag des Vorstandsvorsitzenden, und analog dazu der Vorstand des Jugendforums einer Wojewodschaft vom Wojewodschaftsvorstand auf Antrag seines Vorsitzenden gewählt.

Der Parteikongress der PiS kann die Führungsgremien der Partei nur selten einer kritischen Kontrolle unterwerfen, weil er lediglich einmal in 4 Jahren tagt. Außerdem wählt er nur den Parteivorsitzenden, alle anderen Mitglieder des Exekutivorgans<sup>1</sup> (Hauptvorstand) der Partei werden von einem Gremium mit einer geringeren Legitimität, dem Legislativorgan<sup>3</sup> (dem Politischen Rat) der PiS gewählt. Der Hauptvorstand verfügt über außerordentlich starke Machtkompetenzen: er stellt z.B. die Liste der PiS-Abgeordneten zu den Parlamentswahlen zusammen. Dieses Parteiorgan dominiert ganz deutlich auch über der Parlamentsfraktion der Partei: es verabschiedet ihr Organisationsstatut und kann für die Parlamentsabgeordneten der Parteien bindende Beschlüsse fassen. Es existiert innerhalb der Partei um den Parteivorsitzenden ein zweites, eigenständiges Exekutivorgan, das Politische Komitee, dessen Mitglieder auf Antrag des PiS-Vorsitzenden gewählt werden. Von einem besonderen, nahezu monokratischen Einfluss des Parteivorsitzenden auf die Partei zeugt, dass auf seinen Vorschlag auch etliche andere Amtsträger der PiS (u.a. der Vorsitzende und die Mitglieder des Hauptvorstandes bzw. der Chef der Parlamentsfraktion der PiS) gewählt werden.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass sich – wie die Tabelle<sup>3</sup> zeigt – in der Untersuchung die linken Parteien mit 2,1 Punkten deutlich polyarchischer erwiesen, als die Parteien, die in den entsprechenden Ländern zu den rechten Parteien gezählt werden (-1,8 Punkte).

**Tabelle 3: Polyarchie-Werte nach Parteitypen**

Kriterium	Parteityp					
<b>Rechts-, und Linksach- se</b> <sup>21</sup>	linke P. (2,1)			rechte P. (-1,8)		
<b>Ideologische Parteien- familie</b>	Sozial- demokra- tisch (2,6)	Kommunis- tisch (0,25)	Nationalliberal (-0,8)	Bauernp. (2,15)	Christdemo- kratisch (-2,65)	Nonstandard (-3,25)
<b>Historischer Ursprung</b>	Nachfolgeb. (2,25)	Historische P. (1,5)	Transitions- p. (-0,3)	Blockp. (-1,8)	Neue P. (-4,1)	

Dabei zeigten die sozialdemokratischen Parteien mit 2,6 Punkten die meisten polyarchischen Züge. Sie waren vielfältig intern strukturiert, verfügten meistens über eine ganze Reihe von horizontalen Organisationsformen und boten ihren Mitgliedern die breitesten Partizipationsgarantien. Die einzige kommunistische Partei der Untersuchung, die KSČM, behielt aber – trotz eines gewissen organisatorischen Erneuerungsprozesses – die meisten hierarchisch-zentralistischen Merkmale ihrer Vorgängerpartei. Die nationalliberalen Parteien hielten meistens die Waage zwischen polyarchischen und oligarchischen Organisationslösungen. Dieser Parteityp erwies sich mit 0,8 Punkten als leicht oligarchisch geprägt, wobei die entsprechenden konkreten Parteien noch etliche polyarchische Züge zeigten. Stärker oligarchisch-zentralistisch-autoritär geprägt waren die einzige in der Studie behandelte Bauernpartei, die christdemokratischen Parteien und die sog. „non-standard parties“ (-2,15, -2,65 und -3,25 Punkte). Letztere bedienen sich – in Abhängigkeit vom erhofften Wahlerfolg - zwar abwechselnd linker und rechter Programmelemente, dies geschieht aber innerhalb einer konstant zentralistisch-oligarchischen Organisation.

Der größte Unterschied in den Polyarchie-Werten der Parteien, die sich an den jeweiligen Enden der gegebenen Skala befinden, kann jedoch (mit 6,35 Punkten) festgestellt werden, wenn man die Parteien nach ihren historischen Ursprüngen betrachtet. Die am stärksten polyarchisch geprägten sind – trotz der schlechteren Polyarchie-Werte der bedeutendsten kommunistischen Partei der Region, der KSČM – die Nachfolgeparteien. Auch die im Laufe des demokratischen Transitionsprozesses dieser Länder am Ende der 80er, Anfang der 90er Jahre entstandenen Transitionsparteien stehen mit dem Polyarchie-Wert 0,3 einer Organisationpolyarchie nahe. Hingegen zeigen die sog. „neuen Parteien“, die Ende der 90er Jahre, schon in der Phase der demokratischen Konsolidierung dieser Länder gegründet wurden, mit einer Gesamtpunktzahl von -4,1 deutliche oligarchische, nicht selten auch monokratische Züge. Diese neuen Erfolgsparteien fühlen sich an die demokratischen Organisationstraditionen des Systemwechsels schon nicht mehr gebunden, für sie gilt als wichtigster Wert die Stimmenma-

<sup>21</sup> Bei der Einordnung der Parteien als linke bzw. rechte Parteien wurden die zwei non-standard-Parteien HZDS und Smer nicht berücksichtigt.

ximierung mit einer effektiven, straff-zentralistischen Organisationsstruktur und oft mit einem medienwirksamen Parteimonokraten an ihrer Spitze.

Manuskript abgeschlossen: 30.9.2002

## 4. Literatur

- Átpartolnak Weisshez a szocdem fiatalok (2002), in: Új Szó, 25.3.
- Beyme, Klaus von (2000): Parteien im Wandel, Opladen.
- Biezen, Ingrid van (1998): Hungary (unveröffentl. Manuskript).
- Bingen, Dieter (1998): Die polnische Sozialdemokratie (SdRP/SLD). Erbe und Wahlauftrag, Bericht des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 16, Köln.
- Brie, Michael (1996): Staatssozialistische Länder im Vergleich. Alternative Herrschaftsstrategien und divergente Typen, in: Wiesenthal, Helmut (Hrsg.): Einheit als Privileg: vergleichende Perspektiven auf die Transformation Deutschlands, Frankfurt/Main; New York, S.39-104.
- Brokl, Lubomír/Mansfeldová, Zdenka (1996): A Short Story of the Czech and Slovak Parties, in: Gabal, Ivan (Hrsg.): The 1990 Election to the Czechoslovakian Federal Assembly. Analyses, Documents and Data, Berlin.
- Burmeister, Holger (1995): Politische Partizipation als Element der Transformationsprozesse in Polen (1989-91), Frankfurt/Main.
- Cramer-Langer, Katrin (1998): Demokratisierung in der Slowakischen Republik. Entstehung und Entwicklung des Parteiensystems seit 1989, Sonderveröffentlichung des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln.
- Czech Chamber of Deputies Has Communist Deputy Speaker (2002), RFE/RL Newline, 17.7.
- Czech Communist Leader Insists on CSSD Minority Government (2002), in: RFE/RL Newline, 19.6.
- Czech Opposition Alliance Dead (2002), in: RFE/RL Newline, 1.2.
- Czech Ruling Party Launches „Internal Referendum“ on Direct Presidential Elections (2001), in: RFE/RL Newline, 23.10.
- Dahl, Robert A. (1971): Polyarchy, Participation and Opposition, New Haven and London.
- Dauderstädt, Michael/Geriss, André/Márkus, György G. (1999): Troubled Transition: Social Democracy in East Central Europe, Amsterdam.
- Day, Stephen (2000): From Social Democracy of the Polish Republic (SdRP) to Democratic Left Alliance (SLD), in: Kubiak, Hieronim/Wiatr, Jerzy J.: Between Animosity and Utility. Political Parties and Their Matrix, Warszawa, S.85-106.
- Eckstein, H./Gurr, T.R. (1975): Patterns of Authority. A Structural Basis for Political Inquiry, New York.
- Finance Minister Resigns From Slovak Government (2002), in: RFE/RL Newline, 29.1.
- Fisher, Sharon (1995): Tottering in the Aftermath of the Elections, in: Transitions Nr.4, S.20-25.

- Fisher, Sharon (1996): Mečiar Retains Control of the Political Scene, in: Transition, Nr.16, S. 32-36.
- Former Slovak Finance Minister Leaves SDL' (2002), in: RFE/RL Newline, 1.2.
- Former Slovak Finance Minister Sets Up New Party (2002), in: RFE/RL Newline, 8.2.
- Former Solidarity Activist To Write Party Program For Post-Communists (1999), in: RFE/RL Poland, Belarus and Ukraine Report, 3.8.
- Four Party Coalition Becomes just "Coalition", in: RFE/RL Newline, 11.2.
- Grotz, Florian (2000): Politische Institutionen und post-sozialistische Parteiensysteme in Ostmitteleuropa. Polen, Ungarn und die Slowakei im Vergleich, Opladen, 2000.
- Hatschikjan, Magarditsch A. (1994): Von der „sanften Revolution“ zur „sanften Scheidung“. Politik, Parteien und die Wahlen in der CSFR 1989-1992, in: ders./Weilemann, Peter R. (Hrsg.): Parteienlandschaften in Osteuropa. Politik, Parteien und Transformation in Ungarn, Polen, der Tschecho-Slowakei und Bulgarien 1989-1992, Paderborn u.a.
- Hirsch, Helga (1994): Der problematische Rollenwechsel. Macht, Parteien und Politik in Polen 1989-1992, in: Hatschikjan, Magarditsch A./Weilemann, Peter R. (Hrsg.): Parteienlandschaften in Osteuropa. Politik, Parteien und Transformation in Ungarn, Polen, der Tschecho-Slowakei und Bulgarien 1989-1992, Paderborn u.a., S.41-81.
- Hofmann, Andreas J. (1998): Die Ära des Václav Klaus, in: Osteuropa 48/11-12, S.1166-1183.
- Hungarian Party in Slovakia temporarily withdraws from ruling coalition (2001): RFE/RL Newline, 9.7.
- Juberías, Carlos Flores (1992): The Breakdown of the Czecho-Slovak Party System, in: Szoboszlai, György (Hrsg.): Flying Blind. Emerging Democracies in East-Central Europe, Budapest, S.147-176.
- Juchler, Jakob (1995): Kontinuität oder Wende? Polen seit dem Wahlsieg der „Postkommunisten“, in: Osteuropa, Nr.1, S.65-76.
- Juchler, Jakob (1998): Machtwechsel in Polen. Die Parlamentswahlen und ihre Folgen, in: Osteuropa, Nr.2, S.148-159.
- Juchler, Jakob (1999): Polens politische Entwicklung unter der Mitte-Rechts-Regierung, in: Osteuropa, Nr.2, S.122-129.
- Juza, Peter (1995): The Formation of the Coalition „Common Choice“ and Its Election Results, in: Szomolányi, Soňa/Mesežnikov, Grigorij: Slovakia (Hrsg.): Parliamentary Elections 1994. Causes - Consequences - Prospects, Bratislava.
- Keresztes, Lajos (1998): Urnengang in der Tschechischen Republik: Gewählt, aber nichts entschieden, in: Das Parlament, Nr.15.
- Kettle, Steve (1996): Civic Democrats Likely to Remain in Power, in: Transition Nr.10, S.46-49.

- Kipke, Rüdiger (1999): Die Slowakische Republik: Zur Politischen Entwicklung seit der Selbständigkeit, in: Südosteuropa-Mitteilungen, Nr.2, S.109-122.
- Kipke, Rüdiger (2002): Das politische System der Slowakei, in: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): Die politischen Systeme Osteuropas, Opladen, S.273-308.
- Kiss, József (1991): Búcsú a pártoktól? Jelenkorkutató Alapítvány kiadványai, Budapest.
- Klíma, Michal (1998): Consolidation and Stabilisation of the Party System in the Czech Republic, in: Political Studies, Nr.3, S.492-510.
- Kopecký, Petr (1995): Factionalism in Parliamentary Parties in the Czech Republic: A Concept and Some Empirical Findings, in: Demokratization, Nr.1, S.138-151.
- Kopecký, Petr/Mudde, Cas (1999): The 1998 Parliamentary and Senate Elections in the Czech Republic, in: Electoral Studies, Nr.3, S.411-450.
- Krebs, Heiko (2001): Rot gegen Rot in Prag, in: Süddeutsche Zeitung, 30.6.
- Kurtán, Sándor; Sándor, Péter; Vass, László (Hrsg.) (1996): Magyarország Politikai Évkönyve 1995-ről, Budapest
- Kurtán, Sándor; Sándor, Péter; Vass, László (Hrsg.) (1997): Magyarország Politikai Évkönyve 1996-ről, Budapest
- Kurtán, Sándor/Sándor, Péter/Vass, László (Hrsg.) (1998): Magyarország Politikai Évkönyve 1997-ről, Budapest.
- Kurtán, Sándor/Sándor, Péter/Vass, László (Hrsg.) (1999): Magyarország Politikai Évkönyve 1998-ről, Budapest.
- Kurtán, Sándor/Sándor, Péter/Vass, László (Hrsg.) (2001): Magyarország Politikai Évkönyve 2000-ről, Budapest.
- Lange, Kai Olaf (1994): Die polnische Bauernpartei – Von der Klassenpartei zur Christdemokratie?, in: Welttrends, Sonderausgabe Nr.3, S.78-92
- Lang, Kai-Olaf (1999): Die tschechischen Kommunisten in der Offensive. Die KSČM - eine neokommunistische Anti-System-Partei in Ostmitteleuropa, in: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. Aktuelle Analysen, Nr.55, Köln.
- Lang, Kai-Olaf (2000a): Die Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen in Polen, in: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. Aktuelle Analysen, Nr.38, Köln.
- Lang, Kai-Olaf (2000b): Polens Demokratische Linksallianz - eine post-postkommunistische Partei? Vom Bündnis SLD zur Partei SLD, in: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. Aktuelle Analysen, Nr.4, Köln.
- Lang, Kai-Olaf (2000c): Präsidentschaftswahlen in Polen, in: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. Aktuelle Analysen, Nr.37, Köln.
- Lang, Kai-Olaf (2000d): Slowakei: Rissiges Fundament der Orientierung auf NATO und EU, in: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. Aktuelle Analysen, Nr.23, Köln.

- Lang, Kai-Olaf (2001a): Das slowakische Parteiensystem im Wandel, in: Südosteuropa, Nr.1-3, S.85-122.
- Lang, Kai-Olaf (2001b): Machtwechsel in Polen, SWP-Aktuell 20, Oktober 2001, in: <[http://www.swp-berlin.org/pdf/swp\\_aktu/swpaktu\\_20\\_01.pdf](http://www.swp-berlin.org/pdf/swp_aktu/swpaktu_20_01.pdf)>
- Machos, Csilla (1995): Von der Staatspartei zur „Volkspartei“? Überlegungen am Beispiel der Ungarischen Sozialistischen Partei, in: Südosteuropa, Nr.11-12, S.686-710.
- Machos, Csilla (1997): Elitenbildung und Elitenwandel in der Ungarischen Sozialistischen Partei (1989-96), in: Südosteuropa, Nr.1-2, S.65-89.
- Machos, Csilla (2001): Desintegration und Umstrukturierung: Parteiensysteme in Ostmitteleuropa seit den Parlamentswahlen 1997/98, in: Südosteuropa, 2001, Nr.7-9, S. 403-439.
- Machos, Csilla (2002): Organisationsstrukturen der ungarischen Parlamentsparteien im Transformationsprozess (erscheint beim Berliner Debatte Wissenschaftsverlag Berlin), 208 S.
- Machos, Csilla (2002): Organisationsstrukturen linker Parlamentsparteien in Ostmitteleuropa (erscheint bei der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn), 174 S.
- Malová, Darina (1995): Slovakia, in: European Journal of Political Research, Special Issue: Political Data Yearbook 1994, S.463-472.
- Malová, Darina/Učeň, Peter (1999): Slovakia, in: European Journal of Political Research, Special Issue: Political Data Yearbook 1999, S.497-506.
- Meciar's Party Ahead in Slovak Regional Elections (2001), in: RFE/RL Newslines, 3.12.
- Mesežnikov, Grigorij (1997): Domestic Political Developments and the Political Scene in the Slovak Republic, in: Bútorá, Martin/Hunčík, Péter (Hrsg.): Global Report on Slovakia. Comprehensive Analyses from 1995 and Trends from 1996, S.11-31.
- Mesežnikov, Grigorij (1999): The 1998 Elections and the Development of the Party System in Slovakia, in: Bútorá, Martin/Mesežnikov, Grigorij/Bútorová, Zora; Fisher, Sharon (Hrsg.): The 1998 Parliamentary Elections and the Democratic Rebirth in Slovakia, Bratislava, S.49-61.
- Mesežnikov, Grigorij (2001): Domestic Politics, in: Mesežnikov, Grigorij/Kollár, Miroslav/Nicholson, Tom (Hrsg.): Slovakia 2000. A Global Report on the State of Society, Bratislava, S.17-84.
- New Group Emerges in Polish Parliament (2002), in: RFE/RL Newslines, 4.4.
- New Slovak Party Set Up (2002), in: RFE/RL Newslines, 22.2.
- Obrman, Jan (1992): Dubček Joins the Social Democratic Party, in: RFE/RL Research Report Nr.14, 16-19.
- Ondruchová, Mária (2000): Organizácia politických strán a hnutí na Slovensku, Inštitút pre verejné otázky, Bratislava.
- Poguntke, Thomas (2000): Parteiorganisation im Wandel. Gesellschaftliche Verankerung und organisatorische Anpassung im europäischen Vergleich, Opladen.

- Poland's Labor Union to have separate parliamentary caucus (2001), in: RFE/RL Newslines, 27.9.
- Poland's Miller Names New Cabinet Ministers (2001), in: RFE/RL Newslines, 11.10.
- Polish Left-Wing Parties Sign Election Accord (2001), in: RFE/RL Newslines, 9.3.
- Ruling Party Chairman Says Most Czech Social Democrats Favor Direct Presidential Elections (2001), in: RFE/RL Newslines, 18.12.
- Schade, Wulf (1991): Das Parteienspektrum in der Republik Polen, in: Osteuropa, Nr.10, S. 953-962.
- Schmidt-Schweizer, Andreas (2000): Vom Reformsozialismus zur Systemtransformation in Ungarn: politische Veränderungsbestrebungen innerhalb der Ungarischen Sozialistischen Partei (MSZMP) von 1986 bis 1989, Frankfurt am Main.
- Schmoegnerova Replaced by Own Party as Slovak Finance Minister (2002), in: RFE/RL Newslines, 22.1.
- Schneider, Eleonora (1999): Machtwechsel in der Slowakei. Ergebnisse der Parlamentswahlen 1998, Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. Aktuelle Analysen, Nr.10, Köln.
- Schonfeld, William R. (1983): Political Parties: The Functional Approach and the Structural Alternative, in: Comparative Politics, Nr.4, S.477-499.
- SDL Threatens to Leave Slovak Coalition (2002), in: RFE/RL Newslines, 23.1.
- Segert, Dieter/Machos, Csilla (1995): Parteien in Osteuropa-Kontext und Akteure, Westdeutscher Verlag, Opladen.
- Sipos, József (1996): Zur Entstehung der Reformkreis-Bewegung innerhalb der MSZMP, in: Segert, Dieter (Hrsg.): Spätsozialismus und Parteienbildung in Osteuropa nach 1989, Berlin, S.175-190.
- Slovak Left Uniting Ahead of Elections (2002), in: RFE/RL Newslines, 30.5.
- Slovak Leftist Party Elect New Chairman (2001), in: RFE/RL Newslines, 19.11.
- Slovakia's Slota Returns to Top Slot (2001), in: RFE/RL Newslines, 9.Oktober
- Social Democrats Would Occupy Majority of Cabinet Seats (2002), RFE/RL Newslines, 9.7.
- Strobel, Georg W. (1990): Politisches System und Pluralismus in Polen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 12-13, 1-16.
- Szomolányi, Soňa/Mesežnikov, Grigorij (1997): Das Parteiensystem der Slowakei, in: Segert, Dieter/Stöss, Richard/Niedermayer, Oskar (Hrsg.): Parteiensysteme in postkommunistischen Gesellschaften Osteuropas, Opladen, S. 135-156.
- Timmermann, Heinz (1992): Die KP-Nachfolgeparteien in Ostmitteleuropa: Struktur, Programmatik, Einflusszonen. Auf dem Weg zur „Sozialdemokratisierung“?, in: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche Studien, Nr.27.

- Timmermann, Heinz (1994): Die KP-Nachfolgeparteien in Osteuropa: Aufschwung durch Anpassung an nationale Bedingungen und Aspirationen, in: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche Studien, Nr.31.
- Vachodova, Milada Anna (1993): Divisions in the Czech Communist Party, in: RFE/RL Research Report, Nr.37.
- Vass, Csaba/Wéber, Attila (1997): Tagság és elit a Szocialista Pártban, Bibó István Társadalomelméleti Műhely, Budapest.
- Verfassung der Republik Polen (1997), Verlag des Sejm, Warschau.
- Vermeersch, Jan (1994): Social Democracy in the Czech Republic and Slovakia, in: Waller, Michael/Coppieters, Bruno/Deschouwer, Kris (Hrsg.): Social Democracy in a Post-Communist Europe, Ilford/Essex, S.118-135.
- Vetter, Reinhold (2001): Polen vor einem Machtwechsel? Die Sozialdemokraten des SLD bereiten sich auf die Regierungsübernahme vor, in: Osteuropa, Nr.7, S.820-831.
- Vodička, Karel (1991): Die neue Parteienlandschaft in der Tschechoslowakei, in: Osteuropa, Nr.2, S. 150-159.
- Vodička, Karel (1995): Zur Position der Kommunisten im Parteienspektrum der Tschechischen Republik, in: Osteuropa, Nr.6, S. 554-561.
- Vodička, Karel (1997): Das Parteiensystem Tschechiens, in: Segert, Dieter/Stöss, Richard/Niedermayer, Oskar (Hrsg.): Parteiensysteme in postkommunistischen Gesellschaften Osteuropas, Opladen, S. 90-134.
- Vodička, Karel (2001): Ausgang ungewiss: Politische Prozesse und Institutionen in der Slowakei, in: Osteuropa Nr.8, S.902-915.
- Vodička, Karel (2002): Das politische System Tschechiens, in: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): Die politischen Systeme Osteuropas, Opladen, S. 239-272.
- Voráček, Emil (1996): Die Entstehung einer linken Opposition in der Tschechoslowakei vor dem November 1989, in: Segert, Dieter (Hrsg.): Spätsozialismus und Parteienbildung in Osteuropa nach 1989, Berlin, S. 121-146.
- Vurma, Miroslav (1996): Die sechs wichtigsten politischen Parteien der Tschechischen Republik und ihre Stellung zur Europäischen Union und NATO (1996), Institut suisse de droit comparé, Lausanne.
- Wéber, Attila (1996): A FIDESZ-jelenség, Budapest.
- Wende, Frank (1981): Lexikon zur Geschichte der Parteien in Europa, Stuttgart.
- Wolchik, Sharon L. (1991): Czechoslovakia in Transition. Politics, Economics and Society, London/New York.
- Ziemer, Klaus (1997): Das Parteiensystem Polens, in: Segert, Dieter/Stöss, Richard/Niedermayer, Oskar (Hrsg.): Parteiensysteme in postkommunistischen Gesellschaften Osteuropas, Opladen, S. 39-89.

- Zierner, Klaus (1998): Die Konsolidierung der polnischen Demokratie in den neunziger Jahren, in: Franzke, Jochen (Hrsg.): Polen. Staat und Gesellschaft im Wandel, Berlin, S.56-73.
- Zierner, Klaus/Matthes, Claudia-Yvette (2002): Das politische System Polens, in: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): Die politischen Systeme Osteuropas, Opladen, S. 185-238.
- Zubek, Voytek (1995): The Phoenix Out of the Ashes. The Rise To Power of Poland's Post-Communist SdRP, in: Communist and Post-Communist Studies, Nr.3, S.275-306.

## 5. Anhang

### 5.1. Verzeichnis der Parteien/Vereinigungen

- AWS: Akcja Wyborcza Solidarność (Wahlaktion Solidarność)
- ČSSD: Česká strana sociálně demokratická (Tschechische Sozialdemokratische Partei)
- DEU: Demokratická unie (Demokratische Union)
- DÚ: Demokratická únia (Demokratische Union)
- DS: Demokratická strana (Demokratische Partei)
- Fidesz-MPP: Fiatal Demokraták Szövetsége - Magyar Polgári Párt  
(Bund Junger Demokraten - Ungarische Bürgerliche Partei)
- FKGP: Független Kisgazda, Földmunkás és Polgári Párt  
(Unabhängige Partei der Kleinlandwirte, der Landarbeiter und des Bürgertums)
- HP: Hnutie poľnohospodárov (Landwirtebewegung)
- HZDS: Hnutie za demokratické Slovensko (Bewegung für eine demokratische Slowakei)
- KDH: Křesťansko-demokratické hnutie (Christlich-Demokratische Bewegung)
- KDU-ČSL: Křesťanská a demokratická unie - Československá strana lidová  
(Christlich - Demokratische Union/Tschechoslowakische Volkspartei)
- KSČ: Komunistická strana Československa  
(Kommunistische Partei der Tschechoslowakei)
- KSČM: Komunistická strana Čech a Moravy  
(Kommunistische Partei Böhmens und Mährens)
- KSS: Komunistická strana Slovenska (Kommunistische Partei der Slowakei)
- KSS-SDL': Komunistická strana Slovenska - Strana demokratickej ľavice  
(Kommunistische Partei der Slowakei - Partei der Demokratischen Linken)
- LDÚ: Liberálno-demokratická únia (Liberaldemokratische Union)
- LSU: Liberalně demokratická strana (Liberal-Soziale Union)
- MDF: Magyar Demokratikus Fórum (Ungarisches Demokratisches Forum)
- MP: Munkáspárt (Arbeiterpartei)
- MSZMP: Magyar Szocialista Munkáspárt (Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei)
- MSZP: Magyar Szocialista Párt (Ungarische Sozialistische Partei)
- ODA: Občanská demokratická alianca (Demokratische Bürgerallianz)
- ODS: Občanská demokratická strana (Demokratische Bürgerpartei)
- OPZZ: Ogólnopolskie Porozumienie Związków Zawodowych  
(Gesamtpolnische Gewerkschaftsallianz)
- PiS: Prawo i Sprawiedliwość (Recht und Gerechtigkeit)
- PLD: Partia Ludowo-Demokratyczna (Volksdemokratische Partei)
- PO: Platforma Obywatelska (Bürgerplattform)

PPS: Polska Partia Socjalistyczna (Polnische Sozialistische Partei)  
PSL: Polskie Stronnictwo Ludowe (Polnische Volkspartei)  
PZPR: Polska Zjednoczona Partia Robotnicza (Polnische Vereinigte Arbeiterpartei)  
PUS: Polska Unia Socjaldemokratyczna (Polnische Sozialdemokratische Union)  
RLP: Ruch Ludzi Pracy (Bewegung der Werktätigen)  
SDK: Slovenská demokratická koalícia (Slowakische Demokratische Koalition)  
SDKÚ: Slovenská demokratická a kresťanská únia  
(Slowakische Demokratische und Christliche Union)  
SDL: Strana demokratickej ľavice (Partei der Demokratischen Linken)  
SdRP: Socjaldemokracja Rzeczypospolitej Polskiej (Sozialdemokratie der Republik Polen)  
SDSS: Sociálnodemokratická strana Slovenska (Sozialdemokratische Partei der Slowakei)  
SLD: Sojusz Lewicy Demokratycznej (Bündnis der Demokratischen Linken)  
SdRP: Socjaldemokracja Rzeczypospolitej Polskiej (Sozialdemokratie der Republik Polen)  
Smer: Richtung  
SMK: Strana maďarskej koalície (Partei der Ungarischen Koalition)  
SNS: Slovenská národná strana (Slowakische Nationalpartei)  
SO: Samoobrona (Selbstverteidigung)  
SOP: Strana občianskeho porozumenia (Partei der Bürgerverständigung)  
SSS: Sociálnodemokratická strana na Slovensku (Sozialdemokratische Partei in der Slowakei)  
SZ: Strana zelených (Grüne Partei)  
SZS: Strana zelených na Slovensku (Grüne Partei in der Slowakei)  
US: Unie svobody (Freiheitsunion)  
US-DEU: Unie svobody- Demokratická unie (Freiheitsunion - Demokratische Union)  
UW: Unia Wolności (Freiheitsunion)  
ZRS: Združenie robotníkov Slovenska (Arbeiterassoziation der Slowakei)

## 5.2. Tabellen

**Tabelle 4: Zahl der Mitglieder und der Grundorganisationen ostmitteleuropäischer Parlamentsparteien (1990-2001)**

Partei	1990	1992	1993	1994	1995	1996
<b>ČSSD</b>			10000 (Vodička 1997: 119)	10500		13000
<b>Fidesz- MPP<sup>22</sup></b>	10000 (Kiss 1991: 23)	4000 (Wéber 1996: 44)			10000 (Kurtán...1996 : 484)	10000 (Kurtán...19 97: 443)
<b>HZDS</b>			34000 (Szomolányi 1997: 154)	40000 (Ondruchová 2000: 52) <sup>23</sup>	28320 (O.)	40000 (O.)
<b>KDU-ČSL</b>			88500 (Vodička 1997: 125)			
<b>KSČM</b>	<sup>24</sup>	354549	300000 (Timmermann 1994: 23)			
<b>MSZP</b>	26605 (Vass / Wé- ber1997: 10 -11) <sup>25</sup>	27528 (V./W.)	30836 (V./W.)	32525 (V./W.)	37101 (V./W.)	37544 (V./W.)
<b>ODS</b>		25000 (Vodička 1997: 110)			21000 <sup>26</sup>	

22 Bis Juli 1995 nur Fidesz.

23 Im Folgenden: O.

24 Innerhalb von zwei Jahren (1988-1990) fiel die Zahl der Mitglieder der KSČ, der Vorgängerorgani-  
sation der KSČM, von 1,7 Mio. auf knapp die Hälfte. (Wolchik 1991: 89)

25 Im Folgenden: V./W.

26 Ende März 1996 integrierte die ODS die kleine Christlich-Demokratische Partei (KDS) mit ihren  
2500 Mitgliedern in ihre Reihen. (Vurma 1996: 44-45)

**Tabelle 4: Zahl der Mitglieder und der Grundorganisationen ostmitteleuropäischer Parlamentsparteien (1990-2001) (Fortsetzung)**

Partei	1997	1998	1999	2000	2001	Grundorganisationen (2001)
<b>ČSSD</b>		17300	18800	17100	16800	1008
<b>Fidesz-MPP<sup>27</sup></b>	12600 (Biezen)	15000 (Kurtán...1999: 423)	154000	15600 (Kurtán...2001: 484)	16000	471
<b>HZDS</b>	50000 (O.)	70000 (O.)	72200 (O.)	40000		
<b>KDU-ČSL</b>					56000	2635
<b>KSČM</b>		142490	136516		120000	5406
<b>MSZP</b>	37000 (Kurtán...1998: 416)	38200 (Kurtán...1999: 423)	38234	32300 (Kurtán...2001: 484)	34000 (2002)	413 <sup>28</sup>
<b>ODS</b>					20000	1508

27 Bis Juli 1995 nur Fidesz.

28 Bei den meisten Parteien wird unter „Grundorganisation“ die unterste Organisationseinheit der Partei verstanden, innerhalb derer für die Mitglieder obligatorische Beschlüsse verabschiedet werden können. Diese werden dem Verwaltungsaufbau des Landes angepasst, wobei in Dörfern und kleineren Städten nur eine Grundorganisation existieren darf. (Diese kann aber bei Bedarf in Parteigruppen untergliedert werden.) Nur in den Großstädten dürfen mehrere Grundorganisationen (z.B. je eine pro Bezirk) wirken. Deshalb zeigt bei diesen Parteien die Zahl ihrer Grundorganisationen ungefähr, in wie viel Ortschaften des Landes die gegebenen Parteien ihre Organisationen haben. Dies ist aber nicht der Fall bei der MSZP. Bei dieser Partei entscheiden die 20 territorialen Verbände der Partei in ihrem eigenen Organisationsstatut darüber, nach welchem Prinzip die Grundorganisationen auf ihrem Territorium gebildet werden. So waren z.B. im Jahre 2000 nur ca. ein Drittel der 432 Grundorganisationen der MSZP in einer Ortschaft oder einem Hauptstadtbezirk (also in einer kommunaler Selbstverwaltungseinheit) gebildet, im Fall aller anderen waren die „Parteigruppen“ eines parlamentarischen Wahlkreises (also mehrerer Ortschaften) in einer Grundorganisation zusammengefasst. Auch in der Parteizentrale der MSZP konnten keine aktuellen Angaben über die genaue Zahl der durch die Partei organisatorisch erfassten Ortschaften gegeben werden, weil dort nur die Zahl der Grundorganisationen registriert wird und über die Organisationseinheiten unter dieser Ebene nur die Komitatsleitungen Bescheid wissen. Das letzte Jahr, aus dem in der Parteizentrale solche ausführlichen Organisationsdaten noch zu finden waren, war 1993. Damals hatte die USP ca. 1800 Parteigruppen in 1323 Ortschaften des Landes. Die Größenordnung der durch die Partei organisatorisch erfassten Ortschaften änderte sich seitdem nach Meinung eines für Organisationsfragen zuständigen Mitarbeiters der MSZP sicherlich nicht wesentlich.

**Tabelle 4: Zahl der Mitglieder und der Grundorganisationen ostmitteleuropäischer Parlamentsparteien (1990-2001) (Fortsetzung)**

Partei	1990	1992	1993	1994	1995	1996
PiS						
PO						
PSL		195000 (Lange 1994: 82)		250000 <sup>29</sup> (Ziemer 1997: 64)		
SDKÚ						
SDL'		48000 (O.)	48000 (Szomolányi 1997: 154)	27600 (O.)	24000 (O.)	27600 (O.)
SLD (bis De- zember 1999: SdRP )		60000 (Timmer- mann 1992: 35)		60000 (Ziemer 1997: 61)		
Smer						
SMK						

Partei	1997	1998	1999	2000	2001	Grund- organisa- tionen (2001)
PiS					364 (2002) <sup>30</sup>	
PO					<sup>31</sup>	
PSL					160000	4500
SDKÚ					4000 <sup>32</sup>	250
SDL'		22482 (O.)	21223 (O.)		17857	1311
SLD	80000	62000		80000	100000	9000-10000

29 Es wurde in der Fachliteratur allerdings geäußert, dass „niemand weiß, wie viele ‚Mitglieder‘ tatsächlich Beiträge zahlen.“ (Ziemer 1997: 64)

30 Diese Zahl wurde im März 2002 während eines Interviews in der Warschauer Parteizentrale der PiS durch einen Mitarbeiter der Partei genannt. Allerdings die Zahl der Grundorganisationen der Partei konnte nicht ermittelt werden.

31 Im März 2002 während eines Interviews in der Warschauer Parteizentrale der PO konnten weder die genaue Zahl der Mitglieder noch die Zahl der Grundorganisationen der Partei ermittelt werden.

32 Diese Partei fusionierte im Juli mit der DU (Demokratischen Union). Ihre Mitgliederzahlen waren vor der Fusion: 1994: 5900; 1998: 5489; 1999: 5500; 2000: 4486. (Ondruchová 2000: 52)

(bis Dezember 1999: SdRP)	(Ziemer 1998: 65)	(Bingen 1998: 3)		(Lang 2000b: 3)		
Smer					3346	33
SMK		10914 <sup>34</sup> (O.)	11636 (O.)		9035	480

**Tabelle 5: Organisationseinheiten auf der örtlichen Ebene der Parteistruktur<sup>35</sup>**

Partei	Organisationseinheit innerhalb der Grundorganisation	Grundorganisation	Koordinationsorgane mehrerer Grundorganisationen
ČSSD		Ortsorganisation	
KDU-ČSL		Ortsorganisation	
SMK		Ortsorganisation	
ODS		Ortsverein	
HZDS		Ortsklub	
PiS		Parteilgruppe	
PO		Parteilgruppe	
SLD	Parteilgruppe	Gemeindeorganisation	
PSL	Parteilgruppe <sup>36</sup>	Gemeindeorganisation	
SDKÚ	Politische Gruppe (Klub)	Ortsverband	
Fidesz-MPP	Gruppe <sup>37</sup>	Ortsorganisation	
SDL'	Zelle	Grundorganisation	Koordinationsausschuss
MSZP	Parteilgruppe	Ortsorganisation	Wahlkreisassoziation
KSČM	Parteilgruppe	Grundorganisation	örtlicher bzw. städtischer Ausschuss/Rat

33 Im Frühjahr 2001 war die unterste Organisationseinheit der Partei, deren genaue Zahl man in der Parteizentrale der Smer genau nennen konnte, der Regionalrat: zu dieser Zeit gab es von ihnen in der Partei 21.

34 Die Vorgängerparteien der MKP hatten folgende Mitgliederzahlen: die MOS (Ungarische Bürgerpartei) 1992: 1500; 1994: 1950; 1995: 2145; die MKDH (Ungarische Christdemokratische Bewegung) 1992: 8000; 1994: 8500; 1995: 6000; die Spolužitie (Koexistenz) 1993 (Ondruchová 2000: 52)

35 Die Smer wurde in diese Tabelle nicht aufgenommen, weil bei dieser Partei die Bezirksorganisationen die unterste Stufe der vertikalen Struktur der Partei bilden.

36 In dem Fall, dass auf dem Gebiet der betreffenden Gemeinde nur eine Parteilgruppe tätig ist, kann der Kreisvorstand der PSL dieser Parteilgruppe die Befugnisse einer Gemeindeorganisation der PSL verleihen. (27/2)

37 Eine Gruppe innerhalb einer Ortsorganisation darf mit Erlaubnis des territorialen Ausschusses der Fidesz-MPP nur dann gebildet werden, wenn dies der Charakter der Ortschaft oder eine andere besondere Ursache begründet. (20/2) (Im Zeitpunkt der Untersuchung existierte keine solche Gruppe innerhalb der Partei.)

**Tabelle 6: Organisationseinheiten auf der territorialen Ebene der Parteistruktur**

<b>Land</b>	<b>Partei</b>	<b>Untere territoriale Ebene<sup>38</sup></b>	<b>Höhere territoriale Ebene</b>
Polen	SLD	Kreisorganisation	Wojewodschaftsorganisation
	PSL	Kreisorganisation	Wojewodschaftsorganisation
	PO	Kreisorgane	Regionsorgane
	PiS	-	Wojewodschaftsorganisation
Ungarn	Fidesz-MPP	-	Territoriale Organisation
	MSZP	(Kleinregionale Assoziationen)	Territorialer Verbände (Regionale Räte)
Tschechien	ČSSD	Bezirksorganisation	Kreisorganisation
	KDU-ČSL	Bezirksorganisation	Kreisorganisation
	KSČM	Bezirksorganisation	Kreisräte
	ODS	Bezirksvereine	Regionalvereine
Slowakei	HZDS	Bezirksorgane	Kreisorgane
	SDL'	Bezirksorgane	Kreisorgane
	Smer	Bezirksorganisation	Kreisorganisation
	SMK	Bezirksorgane	Kreisräte
	SDKÚ	(Bezirksräte)	Regionalverbände

38 In allen untersuchten Parteien haben die Parteiorganisationen der Großstädte in der vertikalen Parteistruktur eine besondere Stellung inne: sie werden meistens mit den Parteiorganisationen der unteren territorialen Ebene gleichgestellt. Diese Einordnung entspricht in der Regel ihrer Einstufung in der Verwaltungsstruktur der gegebenen Länder. (Bei den ungarischen Parteien hat die Budapester Parteiorganisation sogar den Status eines territorialen Verbandes bzw. einer territorialen Organisation.)

**Tabelle 7: Führungsgremien auf der territorialen Ebene der Parteistruktur**

Partei	Untere territoriale Ebene (Kreis, Bezirk)		Höhere territoriale Ebene (Wojewodschaft, Kreis, Komitat)	
	Legislativorgan	Exekutivorgan	Legislativorgan	Exekutivorgan
SLD	Versammlung Vorstand	Konvent Rat	Versammlung Vorstand Exekutivkomitee	Konvent Rat
HZDS	Parteitag Vorstand	Parteirat Politisches Gremium	Parteitag Vorstand	Parteirat Politisches Gremium
PSL	Versammlung Vorstand	(Wahlkonvent) Präsidium	Versammlung Vorstand	(Wahlkonvent) Präsidium
ČSSD	Konferenz Vorstand	Ausführender Ausschuss	Konferenz Vorstand	Ausführender Ausschuss
KDU- ČSL	Konferenz Vorstand	Ausschuss	Konferenz Vorstand	Ausschuss
SDL'	Konferenz Vorstand	Ausschuss	Konferenz Vorstand	Ausschuss
PO	Versammlung Rat	Vorstand	Versammlung Rat	Vorstand
KSČM	Konferenz Ausführender Ausschuss	Ausschuss	(Die Leitungsstruktur des Kreisrats wird in seinem eigenen Statut festgelegt.)	
ODS	Versammlung Rat		Versammlung Rat	
SMK	Konferenz Vorstand		Kreisrat	
Smer	Parteitag Rat			Kreisrat
SDKÚ	(Koordinierungsorgan: Bezirksrat)		Konferenz Vorstand	
MSZP	(Koordinierungsorgan: Kleinregionale Assoziation)		Delegierten- (Andere Führungsgremien werden im Statut Versammlung des Territorialen Verbandes festgelegt.)	
Fidesz-			Ausschuss	

MPP		Vorstand
PiS	<sup>39</sup>	Versammlung Vorstand

**Tabelle 8: Landesweite Führungsgremien**<sup>40</sup>

Partei	Legislative Funktionen			Exekutive Funktionen	
	Legislativorgan 1	Legislativorgan 2	Legislativorgan 3	Exekutivorgan 1	Exekutivorgan 2
SLD	Kongress (nicht seltener als alle 4 Jahre)	Konvent (mind. einmal zwischen den Sitzungen des Kongresses)	Landesparteiirat (287) (nicht seltener als alle 6 Monate)	Landespartei-vorstand (38) (mind. einmal im Monat)	Landesexekutivkomitee (15) (k.A.)
SDL'	Parteitag (einmal in 2 Jahren)	Gesamtstaatliche Konferenz (im Jahr, in dem es keinen Parteitag gibt)	Republikrat (131) (mind. zweimal im Jahr)	Republikaus-schuss (23) (mind. einmal im Monat)	Republik-vorstand (8) (einmal in der Woche)
ČSSD	Parteitag (einmal in 2 Jahren)	Konferenz (k.A.)	Zentraler Ausführen der Ausschuss (137) (mind. Drei-mal im Jahr)	Vorstand (33) (mind. einmal im Monat)	Politisches Gremium (8) (k.A.)
PiS	Kongress (mind. einmal in 4 Jahren)		Politischer Rat (157) (nicht seltener als einmal im Quartal)	Hauptvorstand (59) (nicht seltener als einmal im Monat)	Politisches Ko-mitee (11) (k.A.)
KSČM	Parteitag (einmal in 4 Jahren)	Parteikonferenz (in außergewöhnlichen Fällen)	Zentraler Ausschuss (90) (mind. Einmal im Vierteljahr)	Ausführender Ausschuss (23) (k.A.)	
KDU- ČSL	Parteitag (mind. einmal in		Gesamtstaat-licheKonferenz	Gesamtstaat-licher Ausschuss	Vorstand (9) (einmal in der

39 In der Regel fasst eine Grundorganisation der PiS (eine Parteigruppe) alle Mitglieder der Partei zusammen, die auf dem Gebiet eines oder mehrerer Kreise tätig sind. (63/2) Falls aber eine Parteigruppe mehr als 50 Mitglieder zählt, kann der Wojewodschaftsvorstand einen Beschluss zu ihrer Aufteilung auf mehrere Parteigruppen fällen. In diesem Fall beruft der Wojewodschaftsvorstand für die Koordinierung der operativen Aufgaben der Partei auf dem Gebiet des Kreises einen Kreisbevollmächtigten. (63/7)

40 In der folgenden Tabelle wird die Tagungsfrequenz der aufgezählten Parteigremien so angegeben, wie dies in den Statuten der gegebenen Parteien steht. Z.B. wird die Formulierung „nach Bedarf“ nur dann verwendet, wenn sie im Parteistatut explizite erwähnt wird. Wenn die Frage der Tagungsfrequenz der Führungsgremien in der Satzung der entsprechenden Partei nicht geregelt ist, erfolgt in Klammern die Abkürzung „k. A.“ (keine Angabe).

	2 Jahren)		(101) (mind. Dreimal im Jahr)	(26) (zweimal im Monat)	Woche)
SDKÚ	Kongress (mind. 6 Monate nach Bekannt- gabe der Ergeb- nisse der Parla- mentswahlen)		Zentralrat (150) (mind. Einmal im Jahr)	Ausführender Ausschuss (50) (mind. einmal in 2 Monaten)	Präsidium (14) (k.A.)
PSL	Kongress (einmal in 4 Jahren)	(Landeswahlkon-vent) <sup>41</sup>	Führungsrat (98) (mindestens ein- mal im Quartal)	Oberstes Exe- kutivkomitee (16) (k.A.)	
HZDS	Parteitag (mind. einmal in 2 Jahren)		(Landesparteirat) (k.A.) (k.A.)	Landespartei- vorstand (k.A.) (mind. einmal in 2 Monaten)	Politisches Gremium (k.A.) (k.A.)
SMK	Kongress (einmal im Jahr)		Landesrat (94) (mindestens vier- mal im Jahr)	Landesvorstand (19) (mindestens einmal in 2 Wochen)	

41 Die Bezeichnung eines Parteiorgans wird demnächst dann in Klammern gesetzt, wenn es über viele bei den meisten anderen Parteien charakteristische Kompetenzen des entsprechenden Gremiums nicht verfügt. Die Tagungsfrequenz des Wahlkonvents der PSL wird zwar im Statut der Partei explizite nicht angegeben, aus dem Aufgabenbereich dieses Parteiorgans lässt sich jedoch darauf schließen, dass es vor den Sejm-, Senats-, bzw. Präsidentschaftswahlen einberufen wird. (64)

**Tabelle 8: Landesweite Führungsgremien (Fortsetzung)**

Partei	Legislative Funktionen			Exekutive Funktionen	
MSZP	Parteitag (einmal in 2 Jahren)		Landesausschuss (158) (k.A.) <sup>42</sup>	Landesvorstand (15) (k.A.)	
Fidesz-MPP	Parteitag (einmal in 2 Jahren)		Landesausschuss) (89) (mind. viermal im Jahr)	Landesvorstand (12) (k.A.)	
ODS	Kongress (einmal in 2 Jahren)		Exekutivrat (31) (nicht seltener als einmal monatlich)	Gremium (7) (nach Bedarf)	
PO	Landeskonvent (nicht seltener als einmal in 2 Jahren)		(Parlamentsfraktion) (57) (k.A.)	Präsidium der Parlaments fraktion (11) (mind. einmal im Monat)	
Smer	Parteitag (mind. einmal in 2 Jahren)			Vorstand (13) (mind. einmal im Monat)	

**Tabelle 9: Größe und Zusammensetzung einiger landesweiter Führungsgremien**

Partei	Gremium		
	Legislativorgan 3	Exekutivorgan 1	Exekutivorgan 2
ČSSD	<u>Zentraler Ausführender Ausschuss:</u>	<u>Vorstand:</u>	<u>Politisches Gremium:</u>
	- Mitglieder des Vorstandes	- Mitglieder des Politischen Gremiums	- Parteivorsitzender
	- je 1 gewählter Vertreter der Bezirksorganisationen	- je 1 Vertreter der Kreisorganisationen	- 5 stellvertretende Vorsitzende
	- je 1 gewählter Vertreter der Kreisorganisationen	- 10 Mitglieder, die vom Zentralen Ausführenden Ausschuss gewählt werden	- Vorsitzende der Klubs der Parlamentsabgeordneten und der Senatoren der ČSSD
	- 5 Vertreter der Ausländischen Region der ČSSD	- Vertreter der ČSSD in der Regierung in der höchsten Position	
	Gewählt: -	Gewählt: 16 (48,4%)	Gewählt: -
	Delegiert: 104 (75,9%)	Delegiert: 14 (42,4%)	Delegiert: -
	Ex officio: 33 (24,1%)	Ex officio: 3 (9%)	Ex officio: 8 (100%)
	Insgesamt: 137 (100%)	Insgesamt: 33 (100%)	Insgesamt: 8 (100%)

42 Nach der Darstellung eines für Organisationsfragen zuständigen Mitarbeiters der MSZP finden die Sitzungen des Landesausschusses der Partei - mit Ausnahme der Sommerferien - monatlich, also ca. 10mal im Jahr statt.

<p>HZDS</p>	<p><u>Landesparteierrat:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- assoziierte Partner</li> <li>- Vertreter des parlamentarischen Klubs</li> <li>- Vertreter der örtlichen Selbstverwaltungen</li> <li>- Vertreter der Netzwerkstrukturen, der Bürgervereinigungen und Stiftungen</li> <li>- Vertreter der zentralen Interessen- und Berufsklubs der HZDS</li> </ul> <p>Gewählt: k.A.  Delegiert: k.A.  Ex officio: k.A.  Insgesamt: k.A.</p>	<p><u>Landesparteiivorstand:</u></p> <p>Gewählt: k.A.  Delegiert: k.A.  Ex officio: k.A.  Insgesamt: k.A.</p>	<p><u>Politisches Gremium:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Parteivorsitzender</li> <li>- stellvertretende Vorsitzenden</li> <li>- Generalsekretär</li> <li>- Wirtschaftler</li> <li>- Vorsitzender des Parteirats</li> <li>- Vertreter der Jugendorganisationen</li> <li>- Vertreter der Regionen</li> <li>- Vorsitzender des Nationalrats</li> <li>- Ministerpräsident</li> <li>- Vorsitzender des Klubs der Parlamentsabgeordneten der HZDS</li> <li>- Vorsitzender des Ministerklubs der HZDS</li> </ul> <p>Gewählt: k.A.  Delegiert: k.A.  Ex officio: k.A.  Insgesamt: k.A.</p>
<p>KDU-ČSL</p>	<p><u>Gesamtstaatliche Konferenz:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Mitglieder des Gesamtstaatlichen Ausschusses</li> <li>- 40 Mitglieder, die auf dem Parteitag gewählt wurden</li> <li>- Vorsitzende der Kreisorganisationen</li> <li>- Vertreter der Vereinigungen oder Klubs</li> <li>- Parlamentsabgeordnete und Senatoren der KDU- ČSL</li> </ul> <p>Gewählt: 40 (39,6%)  Delegiert: 6 (5,9%)  Ex officio: 55 (54,5%)  Insgesamt: 101 (100%)</p>	<p><u>Gesamtstaatlicher Ausschuss:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Mitglieder des Vorstandes</li> <li>- 8 Mitglieder, die auf dem Parteitag gewählt wurden</li> <li>- Mitglieder der Regierung</li> <li>- 5 Abgeordnete oder Senatoren, die die Klubs der Abgeordneten und Senatoren der KDU- ČSL nominieren</li> <li>- Vorsteher der Kreise</li> <li>- Vorsitzende und stellvertretende Vorsitzende des Abgeordnetenhauses und des Senats</li> </ul> <p>Gewählt: 14 (53,8%)  Delegiert: -  Ex officio: 12 (46,2%)  Insgesamt: 26 (100%)</p>	<p><u>Vorstand:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Parteivorsitzender</li> <li>- stellvertretende Vorsitzenden</li> <li>- Generalsekretär</li> <li>- Vorsitzende der Klubs der Abgeordneten und der Senatoren der KDU- ČSL</li> </ul> <p>Gewählt: -  Delegiert: -  Ex officio: 9 (100%)  Insgesamt: 9 (100%)</p>

PiS	<u>Politischer Rat:</u>	<u>Hauptvorstand:</u>	<u>Politischer Komitee:</u>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Parteivorsitzender</li> <li>- Vorsitzende der Wojewodschaftsvorstände</li> <li>- Abgeordnete und Senatoren der PiS</li> <li>- vom Kongress gewählte Mitglieder</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Parteivorsitzender</li> <li>- Vorstandsvorsitzender</li> <li>- stellvertretende Vorsitzenden</li> <li>- Vorsitzender der Parlamentsfraktion der PiS</li> <li>- Mitglieder, die der Politische Rat wählt</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Parteivorsitzender</li> <li>- Vorsitzender des Hauptvorstandes</li> <li>- Vorsitzender der PiS-Parlamentsfraktion</li> <li>- stellvertretende Vorsitzenden</li> <li>- Mitglieder der PiS-Parlamentsfraktion, die ein Amt im Präsidium des Senats oder des Parlaments bekleiden</li> <li>- PiS-Mitglied, das das höchste Amt in der öffentlichen Verwaltung bekleidet</li> <li>- Mitglieder, die der Politische Rat wählt</li> </ul>
	<p>Gewählt: 96 (61,1%)</p> <p>Delegiert: -</p> <p>Ex officio: 61 (38,9%)</p> <p>Insgesamt: 157 (100%)</p>	<p>Gewählt: 58 (98,3%)</p> <p>Delegiert: -</p> <p>Ex officio: 1 (1,7%)</p> <p>Insgesamt: 59 (100%)</p>	<p>Gewählt: 5 (45,5%)</p> <p>Delegiert: -</p> <p>Ex officio: 6 (54,5%)</p> <p>Insgesamt: 11 (100%)</p>

**Tabelle 9: Größe und Zusammensetzung einiger landesweiter Führungsgremien (Fortsetzung)**

Partei	Gremium		
	Legislativorgan3	Exekutivorgan1	Exekutivorgan2
SDKÚ	<p><u>Zentralrat:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Mitglieder des Ausführenden Ausschusses</li> <li>- Vorsitzende der ideologisch-programmatischen Plattformen der SDKÚ</li> <li>- Leiter der Kreisagenturen der SDKÚ</li> <li>- 90 Mitglieder, die auf dem Kongress gewählt werden</li> </ul> <p>Gewählt: 90 (60%)  Delegiert: -  Ex officio: 60 (40%)  Insgesamt: 150 (100%)</p>	<p><u>Ausführender Ausschuss</u></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Mitglieder des Präsidiums</li> <li>- Vorsitzende der Regionalverbände der SDKÚ</li> <li>- Leiter der Sektionen der Verwaltung des Staates</li> <li>- Vorsitzende der Vereinigungen der SDKÚ</li> <li>- Parlamentsabgeordnete der SDKÚ</li> <li>- Mitglieder der Regierung aus der SDKÚ</li> <li>- Staatssekretäre aus der SDKÚ</li> <li>- Leiter der zentralen Organe der staatlichen Verwaltung aus der SDKÚ</li> </ul> <p>Gewählt: 11 (22%)  Delegiert: -  Ex officio: 39 (78%)  Insgesamt: 50 (100%)</p>	<p><u>Präsidium:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Parteivorsitzender</li> <li>- 4 stellvertretende Parteivorsitzende</li> <li>- Generalsekretär</li> <li>- 5 Mitglieder, die vom Kongress gewählt werden</li> <li>- Vorsitzender der Parlamentarfraktion der SDKÚ</li> <li>- Vorsitzender des Zentralrats der SDKÚ</li> <li>- Leiter der Zentralkanzlei der SDKÚ</li> <li>- Hauptschatzmeister der SDKÚ</li> </ul> <p>Gewählt: -  Delegiert: -  Ex officio: 14 (100%)  Insgesamt: 14 (100%)</p>
SDL'	<p><u>Republikrat:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Mitglieder des Republikausschusses</li> <li>- Vertreter der Bezirksorganisationen, die auf den Bezirkskonferenzen gewählt und auf dem Parteitag bestätigt wurden</li> <li>- Parlamentsabgeordnete, die SDL'-Mitglieder sind</li> <li>- Mitglieder des Ministerklubs der SDL' die SDL'-Mitglieder sind</li> <li>- Vorsitzende der Kreisausschüsse</li> <li>- Vorsitzende der Republikberatungsorgane der SDL'</li> </ul> <p>Gewählt: -  Delegiert: 81 (61,8%)  Ex officio: 50 (38,2%)  Insgesamt: 131 (100%)</p>	<p><u>Republikausschuss:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Mitglieder des Republikvorstandes</li> <li>- Vertreter der Kreisorganisationen</li> <li>- Mitglieder, die vom Parteitag gewählt werden</li> </ul> <p>Gewählt: 12 (52,2%)  Delegiert: 8 (34,8%)  Ex officio: 3 (13%)  Insgesamt: 23 (100%)</p>	<p><u>Republikvorstand:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Parteivorsitzender</li> <li>- stellvertretende Parteivorsitzende</li> <li>- Generalsekretär</li> <li>- Parlaments- und Ministerpräsident, wenn sie für diese Posten von der SDL' nominiert wurden</li> <li>- Fraktionsvorsitzender der SDL' im Parlament</li> <li>- Vorsitzender des Ministerklubs der SDL'</li> </ul> <p>Gewählt: -  Delegiert: -  Ex officio: 8 (100%)  Insgesamt: 8 (100%)</p>

SLD	<u>Landesparteirat:</u> - Parteivorsitzender - Generalsekretär - stellvertr. Parteivorsitzende - Mitglieder, die aus den Reihen der Parla-mentarier bzw. Parteimitglieder, die Delegierte zum Kongress oder Konvent sind, durch den Kongress gewählt werden Gewählt <sup>43</sup> : 279 (97,2%) Delegiert: - Ex officio: 8 (2,8%) Insgesamt: 287 (100%)	<u>Landesparteivorstand:</u> - Parteivorsitzender - Generalsekretär - stellvertr. Parteivorsitzende - Fraktionsvorsitzender des SLD im Sejm - Mitglieder, die der Landesparteirat aus seinen Reihen wählt Gewählt: 37 (97,3%) Delegiert: - Ex officio: 1 (2,6%) Insgesamt: 38 (100%)	<u>Landesexekutivkomitee:</u> - Generalsekretär - seine Stellvertreter - Schatzmeister - Fraktionsvorsitzender des SLD im Sejm - Mitglieder, die der Landesparteirat aus den Reihen der Parteimitglieder wählt Gewählt: 10 (66,6%) Delegiert: - Ex officio: 5 (33,3%) Insgesamt: 15 (100%)
Fidesz-MPP	<u>Landesausschuss:</u> - Mitglieder des Landesvorstandes - Vorsitzende der Territorialen Ausschüsse - Delegierte der Territorialen Ausschüsse (nach jeden 3 parlamentarischen Wahlbezirken 1 Delegierter, aber min. 2 Delegierte) - 3-3 Delegierte der Partnerorganisationen Gewählt: - Delegiert: 57 (64%) Ex officio: 32 (36%) Insgesamt: 89 (100%)	<u>Landesvorstand</u> - Parteivorsitzender - 8 stellvertretende Vorsitzende - Vorsitzender des Landesausschusses - Vorsitzender der Parlamentsfraktion - Ministerpräsident oder ehemaliger Ministerpräsident aus den Reihen der Fidesz-MPP Gewählt: 9 (75%) Delegiert: - Ex officio: 3 (25%) Insgesamt: 12 (100%)	

43 Jedes Gremiumsmitglied bzw. jeder Amtsträger wird nur in dem Gremium zu den „gewählten“ Mitgliedern gezählt, in das er unmittelbar gewählt wurde. In allen anderen Gremien gilt er als „ex officio“-Mitglied.

**Tabelle 9: Größe und Zusammensetzung einiger landesweiter Führungsgremien (Fortsetzung)**

Partei	Gremium		
	Legislativorgan 3	Exekutivorgan 1	Exekutivorgan 2
KSČM	<u>Zentraler Ausschuss:</u>		<u>Ausführender Ausschuss</u>
	- Parteivorsitzender		
	- stellvertretende Parteivorsitzende		
	- Delegierte der Bezirksorganisationen		
	- Vorsitzender der Klubs der Abgeordneten und der Senatoren der KSČM im Parlament		
	Gewählt: -	Gewählt: 23 (100%)	
	Delegiert: 82 (91,1%)	Delegiert: -	
	Ex officio: 8 (8,9%)	Ex officio: -	
	Insgesamt: 90 (100%)	Insgesamt: 23 (100%)	
MSZP	<u>Landesausschuss:</u>		<u>Landesvorstand:</u>
	- Vorsitzender		
	- Delegierte der Ortsorganisationen (sie müssen Zweidrittel der Mitglieder des Landesausschusses geben)		
	- je 1 Delegierter der Territorialen Verbände		
	- 10 Mitglieder der Parlamentsfraktion		
	Gewählt: 1 (0,6%)	Gewählt: 14 (93,3%)	
	Delegiert: 147 (93%)	Delegiert: -	
	Ex officio: 10 (6,3%)	Ex officio: 1 (6,7%)	
	Insgesamt: 158 (100%)	Insgesamt: 15 (100%)	

ODS	<u>Exekutivrat:</u> - Vertreter der Regionen (1 Vertreter auf die begonnenen 1000 Mitglieder) - Mitglieder des Gremiums  Gewählt: - Delegiert: 24 (77,4%) Ex officio: 7 (22,6%) Insgesamt: 31 (100%)	<u>Gremium:</u> - Parteivorsitzender - 4 stellvertretende Vorsitzende - Vorsitzende der Klubs der Abgeordneten und Senatoren Gewählt: 5 (71,4%) Delegiert: - Ex officio: 2 (28,6%) Insgesamt: 7 (100%)	
PO	<u>Parlamentsfraktion:</u> - Mitglieder des Präsidiums der Parlamentsfraktion - Mitglieder der Parlamentsfraktion  Gewählt: - Delegiert: - Ex officio: 57 (100%) Insgesamt: 57 (100%)	<u>Präsidium der Parlamentsfraktion:</u> - Vorsitzender der PO - 3 stellvertretende Vorsitzende - Sekretär - Schatzmeister - Mitglieder (zwischen 5 und 8 Personen) Gewählt: 11 (100%) Delegiert: - Ex officio: - Insgesamt: 11 (100%)	
SMK	<u>Landesrat:</u> - Vorsitzender des Landesrats - Mitglieder des Landesrats - Vorsitzende der Bezirksvorstände - Delegierte der Bezirkskonferenzen  Gewählt: 1 (1,1%) Delegiert: 57 (60,6%) Ex officio: 36 (38,3%) Insgesamt: 94 (100%)	<u>Landesvorstand:</u> - Parteivorsitzender - stellvertretender Parteivorsitzender - geschäftsführender Vizevorsitzender der SMK - Vizevorsitzende der SMK - Vorsitzender der Parlamentsfraktion der SMK - Vorsitzender des Ministerklubs der SMK - Vorsitzender des Landesrats - Mitglieder Gewählt: 16 (84,2%) Delegiert: - Ex officio: 3 (15,8%) Insgesamt: 19 (100%)	

**Tabelle 9: Größe und Zusammensetzung einiger landesweiter Führungsgremien (Fortsetzung)**

Partei	Gremium		
	Legislativorgan3	Exekutivorgan1	Exekutivorgan2
PSL	<u>Führungsrat:</u> - Vorsitzender des Führungsrats - Vorsitzender der PSL - Vorsitzende der Wojewodschaftsräte - 2 bis 6 Vertreter der Wojewodschaftsorganisationen - 20 vom Kongress gewählte Mitglieder Gewählt: 20 (20,4%) Delegiert: 61 (62,2%) Ex officio: 17 (17,3%) Insgesamt: 98 (100%)	<u>Oberstes Exekutivkomitee:</u> - Parteivorsitzender - 3 stellvertretende Vorsitzende - Sekretär - Schatzmeister - 10 Mitglieder Gewählt: 16 (100%) Delegiert: - Ex officio: - Insgesamt: 16 (100%)	
Smer		<u>Vorstand:</u> - Vorsitzender - höchstens 5 stellvertretende Vorsitzende - mindestens 7 Mitglieder Gewählt: k.A. <sup>44</sup> Delegiert: - Ex officio: - Insgesamt: 13 (100%)	

44 Der Vorstand der Smer hat nach dem Parteistatut das Recht, für die Mitglieder des Parteivorstands - neben seiner vom Parteitag gewählten Mitglieder - auch weitere Personen zu kooptieren. Die Anzahl der gewählten Vorstandsmitglieder muss höher sein, als die Zahl der kooptierten Mitglieder. (12/3-4) Der Autorin dieser Studie stehen keine Angaben darüber zur Verfügung, welcher Anteil der im Juli 2002 13 Mitglieder des Parteivorstands der Smer gewählt und wie viele von ihnen durch dieses Gremium kooptiert wurden.

**Tabelle 10: Zusammensetzung des Exekutivorgans 1**

Partei	Mitglieder					
	delegiert	gewählt		ex officio	koop- tiert <sup>45</sup>	insgesamt (100%)
		vom Legis- lativorgan 1	vom Legis- lativorgan 3			
MSZP (Landesvorstand)	-	14 (93,3%)	-	1 (6,7%)	-	15
SMK (Landesvorstand)	-	16 (84,25)	-	3 (15,8%)	-	19
Fidesz-MPP (Landesvorstand)	-	9 (75%)	-	3 (25%)	-	12
ODS (Gremium)	-	5 (71,4%)	-	2 (28,6%)	-	7
KDU-ČSL (Gesamtstaatlicher Ausschuss)	-	14 (53,8%)	-	12 (46,2%)	-	26
SDKÚ (Ausführender Ausschuss)	-	11 (22%)	-	78 (%) <sup>46</sup>	-	50
SDL' (Republikausschuss)	8 (34,8%)	12 (52,2%)	-	3 (13%)	-	23
ČSSD (Vorstand)	14 (42,4%)	6 (18,2%)	10 (30,3%)	3 (9%)	-	33
SLD (Landespartei Vorstand)	-	8 (21,1%)	29 (76,3%)	1 (2,6%)	-	38
KSČM (Ausführender Ausschuss)	-	2 (8,7%)	21 (91,3%)	-	-	23
PSL (Oberstes Exekutivkomitee)	-	1 (6%)	15 (94%)	-	-	16
PiS (Hauptvorstand)	-	1 (1,7%)	57 <sup>47</sup> (96,6%)	1 (1,7%)	-	59
PO (Präsidium der Parlamentsfraktion)	-	-	11 (100%)	-	-	11

45 Die Smer und die HZDS konnten - aufgrund der fehlenden Informationen zu dieser Frage - in diese Tabelle nicht aufgenommen werden. Bei beiden Parteien wird ein Teil der Mitglieder dieses Gremiums nicht gewählt, sondern durch dieses Parteiorgan kooptiert.

46 Davon 2 Personen (Leiter der Staatskanzlei und der Hauptschatzmeister) sind Angestellte der Partei und werden vom Präsidium ernannt.

47 Alle diese Personen werden auf Antrag des PiS-Vorsitzenden gewählt.

**Tabelle 11: Organisationseinheiten der horizontalen Parteistruktur und deren Vertretung in den landesweiten Führungsgremien**

(SR=Stimmrecht; BR=Beratungsrecht)

Partei <sup>48</sup>		Organisationseinheit	Führungsgremium
Smer	Beratungsorgan	Fachsektionen	-
PSL	Beratungsorgan	Ausschüsse	-
PiS	Interessenpluralistische Faktion	Jugendforum, Klubs	-
SMK	Richtungspolitische Faktion	Plattformen	-
KSČM	Beratungsorgan	Haushaltsräte, Kommissionen, Sachverständigen- gruppen	-
	Interessenpluralistische Faktion	Klubs, Interessenskollektive, Arbeits- gemeinschaften, Sektionen	-
SLD	Beratungsorgan	Politisch-programmatische Räte	-
	Richtungspolitische Faktion	Programmatische Plattformen	-
SDL'	Beratungsorgan	Räte, Sektionen, Kommissionen	-
	Nebenorganisation	Bürgerinitiativen und -vereinigun- gen, die mit der Partei zusammen-arbeiten	<sup>49</sup>
KDU-ČSL	Interessenpluralistische Faktion	Berufs-, Interessen-, bzw. Regionalver- einigungen oder -klubs	- Gesamtstaatliche Konfe- renz: Vertreter (SR)
Fidesz- MPP	Nebenorganisation	Partnerorganisationen	- Landesausschuss: 3 Dele- gierte (BR) - Landesvorstand: 1 Leiter (BR) - Parteitag: Delegierte (SR)
HZDS	Interessenpluralistische Faktion	Fach- und Interessenorganisationen Jugendorganisationen	- Politisches Gremium: Vertreter (SR)
	Nebenorganisation	Kooperierende assoziierte Organisatio- nen	-
SDKÚ	Beratungsorgan	Sektionen für die Verwaltung des Staa- tes	- Kongress: Leiter (SR) - Zentralrat: Leiter (SR) - Ausführender Ausschuss: Leiter (SR)

48 Die ODS und die PO konnten in diese Tabelle nicht aufgenommen werden, weil in ihrem Statut keine Organisationseinheiten der horizontalen Parteistruktur erwähnt werden.

49 Diese Organisationen können mit beratender Stimme an den Sitzungen der Führungsorgane der SDL' teilnehmen, wenn dies Teil der Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen der Partei und diesen Organisationen ist.

	Interessenpluralistische Faktion	Vereinigungen	- Kongress: Vorsitzender (SR) - Zentralrat: Vorsitzender (SR) - Ausführender Ausschuss: Vorsitzender (SR)
	Richtungspolitische Faktion	Ideologisch-programmatische Plattfor- men	- Kongress: Vorsitzender (SR) - Zentralrat: Vorsitzender (SR)

**Tabelle 11: Organisationseinheiten der horizontalen Parteistruktur und deren Vertretung in den landesweiten Führungsgremien (Fortsetzung)**

(SR=Stimmrecht; BR=Beratungsrecht)

Partei		Organisationseinheit	Führungsgremium
ČSSD	Beratungsorgan	Sachkommissionen	-
	Interessenpluralistische Faktion	Sozialdemokratische Frauen (SDŽ) Klub der Senioren	- Vorstand: Vorsitzende (BR) - Vorstand: Vorsitzender (BR)
	RichtungspolitischeFaktion	Christlich-Soziale Plattform Plattform der Grünen	
	Nebenorganisation	Junge Sozialdemokraten (MSD)	- Vorstand: Vorsitzender (BR)
MSZP	Beratungsorgan	Geistige Werkstätten	-
	Interessenpluralistische Faktion	Sektionen Linke Selbstverwaltungsgemein- schaft (BÖK)	- Parteitag: 1 Delegierter (BR) -Landesausschuss: 1 Delegierter (SR) - Parteitag:1 Delegierter (BR) - Landesausschuss: 1 Delegierter (SR)
	Nebenorganisation	Mit der Partei kooperierende ge- sellschaftliche Organisationen Assoziierte Jugendorganisationen	- Landesausschuss: 1 Delegierter (SR) - Landesausschuss: 1 Delegierter (SR)
	Richtungspolitische Faktion	Plattformen	- Parteitag: 3 Delegierte (SR) - Landesausschuss: 1 Delegierter (SR)